

**Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2001-2002**

Jahresmodell LIMA/99
Juni 2001

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Stephan Kossmeier
Elizaveta Krylova
Robert Kunst
Monika Riedel
Edith Skriner
Andrea Weber

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3. Die österreichische Außenwirtschaft	19
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	22
5. Monetäre Prognose	30
Abbildung: Internationale Zinssatzentwicklung	30
Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	32/33
Tabellenanhang	34

1. Einleitung und Zusammenfassung

Starker Preisauftrieb dämpft Konjunktorentwicklung

Die österreichische Wirtschaft ist im Jahr 2000 real um 3.3 % gewachsen. In der zweiten Jahreshälfte hat sich das Wachstumstempo allerdings verlangsamt. Die vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass sich dieser Trend auch im ersten Quartal fortgesetzt hat. Die Einschätzung des internationalen Konjunkturbildes hat sich gegenüber der März-Prognose weiter verschlechtert, wobei sich insbesondere die Entwicklung in Deutschland äußerst ungünstig darstellt. Zusätzlich sind die Verbraucherpreise in Europa deutlich stärker angestiegen als erwartet. Diese ungünstige Preisentwicklung, primär verursacht durch hohe Energie- und Nahrungsmittelpreise, senkt die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und dämpft damit die Konsumnachfrage. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für das heurige Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2.0 %; damit wird die Wachstumsprognose gegenüber März um einen viertel Prozentpunkt zurückgenommen. Im Einklang mit der internationalen Konjunktorentwicklung wird sich das Wachstum im Jahr 2002 leicht beschleunigen und 2.3 % betragen.

Nachdem im zweiten Halbjahr 2000 der kräftige Aufschwung der Weltwirtschaft unter dem Einfluss stark gestiegener Ölpreise und einer gestrafften Geldpolitik abrupt zu Ende war, lag die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres unter dem Produktionspotential. Im ersten Quartal 2001 ist die amerikanische Wirtschaft um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen, gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres betrug das Wachstum noch 2.6 %. Laut vorläufigen Schätzungen von EUROSTAT ist die Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union im ersten Quartal noch um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 2.5 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres angestiegen. Frühindikatoren sprechen dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in den Industriestaaten im Frühjahr kaum noch zugelegt hat. Das Institut geht aber weiterhin davon aus, dass die amerikanische Konjunktur sich in der zweiten Jahreshälfte 2001 erholen wird. Weniger optimistisch wird die Lage in Europa und dabei insbesondere in Deutschland eingeschätzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt legte in Deutschland im ersten Quartal lediglich um 1.6 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr zu. Sowohl Exportentwicklung als auch Binnenkonjunktur waren sehr schwach. Die Bautätigkeit brach ein und die Konsumausgaben stagnierten trotz Einkommensteuerentlastung. Frühindikatoren wie Auftragseingänge und der Geschäftsklimaindex deuten für das zweite Quartal eine noch schwächere Wirtschaftsentwicklung an.

Für die USA wird für das Jahr 2001 ein Wachstum von 2 ½ % erwartet. Die Wachstumsprognose für die Europäische Union wird auf 2 ¼ zurückgenommen. Die deutsche Wirtschaft wird nur noch um 1 ¼ % wachsen. Für das kommende Jahr ist mit einer leichten Konjunkturbelebung zu rechnen. Ein noch deutlicherer Einbruch in Deutschland bzw. stärkere Übertragungseffekte auf Österreich stellen das Hauptrisiko dieser Prognose dar.

Der reale private Konsum wuchs in Österreich im Jahr 2000 um 2.7 %. Aufgrund der nachlassenden Einkommensdynamik und der höheren Preise wird sich die Wachstumsrate des Konsums auf 1.7 % im heurigen Jahr abschwächen. Für nächstes Jahr ist ein Konsumwachstum von 2.0 % zu erwarten. Im

gesamten Prognosezeitraum stützt der private Konsum die Wirtschaftsentwicklung. Die schwache reale Einkommensdynamik wird durch eine Rücknahme der Sparquote teilweise kompensiert.

Im Jahresdurchschnitt 2000 lag die Wachstumsrate der Bruttoinvestitionen bei 2.4 %. Während sich die Ausrüstungsinvestitionen relativ gut entwickelten (6.0 %), blieben die Bauinvestitionen schwach (1.3 %). Das Institut geht weiterhin davon aus, dass die Nachfrage bei den Anlageinvestitionen (3.2 % im Jahr 2001, 4.0 % im Jahr 2002) die Konjunktur im Prognosezeitraum stützen wird. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass längerfristige Entwicklungschancen die Investitionsdynamik stärker determinieren als kurzfristige konjunkturelle Schwankungen. Die Baukonjunktur bleibt im Prognosezeitraum mit einem Wachstum von jeweils 1 % weiterhin gedämpft.

Im Jahr 2000 ist die Inlandsnachfrage um 2.0 % gewachsen. Aufgrund der nachlassenden Konsum- und Investitionsdynamik geht die Wachstumsrate der Inlandsnachfrage auf 1.3 % (2001) bzw. 1.5 % (2002) zurück.

Die Abschwächung der internationalen Wirtschaftsdynamik und der nur mehr schwach wachsende Welthandel drücken auf die heimische Exportwirtschaft. Nach einem Wachstum der Exporte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) von 10.3 % im Vorjahr reduziert sich die Wachstumsrate auf 3.7 % im Jahr 2001 bzw. 4.7 % im Jahr 2002. Der Anstieg der realen Warenexporte laut VGR wird sich nach 12.5 % im Jahr 2000 auf 3.6 % (2001) bzw. 5.1 % (2002) abschwächen. Das Wachstum im Reiseverkehr wird 3 % bzw. 2.5 % betragen. Aufgrund der kräftigen Konsumnachfrage und der Investitionsdynamik stiegen die realen Importe 2000 um 7.5 %. Die gedämpfte Inlandsnachfrage bedingt einen deutlichen Rückgang des Importwachstums im Prognosezeitraum. Die realen Importe laut VGR werden heuer um 2.2 % und nächstes Jahr um 3.4 % steigen.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 80.9 Mrd. ATS. Aufgrund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik und dem Wegfall der Effekte des Energiepreisanstiegs rechnet das Institut im Prognosezeitraum mit einer weiteren Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 68 Mrd. ATS bzw. 52 Mrd. ATS.

In der ersten Jahreshälfte sind die Verbraucherpreise mit rund 3 % deutlich schneller gestiegen als erwartet. Mit 3.4 % erreichte die Inflationsrate im Mai den höchsten Wert seit 8 Jahren. Neben einer deutlichen Beschleunigung der Kerninflation waren die weiterhin hohen Energiepreise sowie die aufgrund der BSE-Krise stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise für den Preisauftrieb primär verantwortlich. Die Inflation wird sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich verlangsamen. Dies resultiert aus dem Auslaufen der Basiseffekte des Energiepreisanstiegs sowie der Tatsache, dass die im Juni des Vorjahres erfolgten Erhöhungen bei Steuern und Gebühren nicht mehr indexwirksam sind. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Inflationsrate laut Institutsprognose $2\frac{1}{2}$ % betragen. 2002 wird die Inflation auf rund $1\frac{3}{4}$ % zurückgehen.

Die Arbeitsmarktsentwicklung wird im Prognosezeitraum nicht so günstig verlaufen wie im Vorjahr. Die Beschäftigtenzahl wird nur noch um 0.4 % bzw. 0.5 % zunehmen. Aufgrund der Konjunkturabschwächung stagniert die Arbeitslosenrate in nationaler Definition im heurigen Jahr und geht 2002 nur geringfügig auf 5.6 % zurück. Laut EUROSTAT-Berechnungsmethode wird die Arbeitslosenrate 3.8 % bzw. 3.6 % betragen.

Die fiskalpolitische Entwicklung im Prognosezeitraum wird durch den Budgetkonsolidierungskurs geprägt. Das Institut geht trotz der Konjunkturertrübung davon aus, dass die geplante Absenkung der Nettodefizitquote auf 0.75 % im Jahr 2001 und auf 0 im Jahr 2002 erreicht werden kann. Steuerausfälle aufgrund der wirtschaftlichen Abschwächung werden durch die höhere Inflation größtenteils kompensiert. Das schwache konjunkturelle Umfeld erfordert zur Erfüllung der Budgetziele allerdings strikteste fiskalische Disziplin.

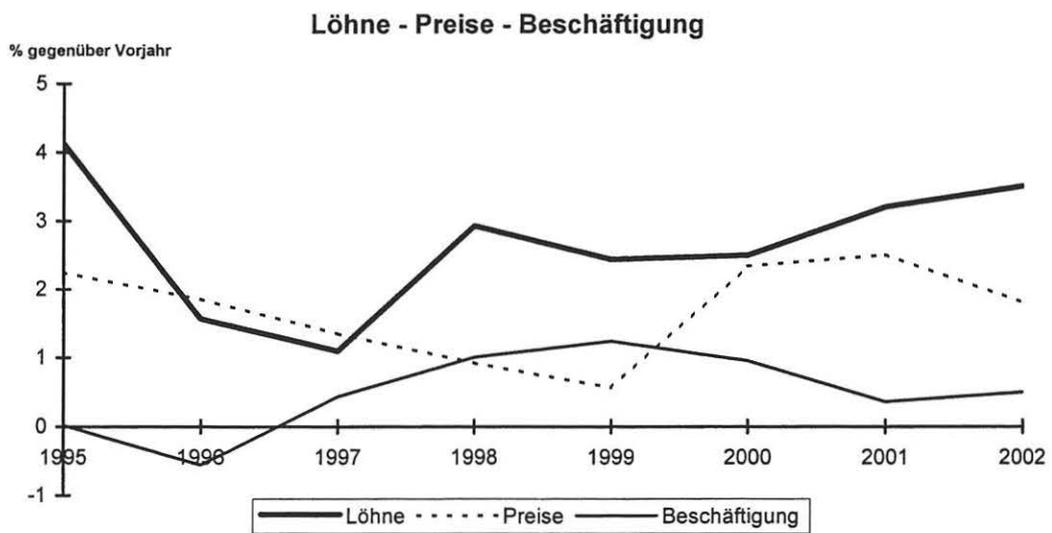
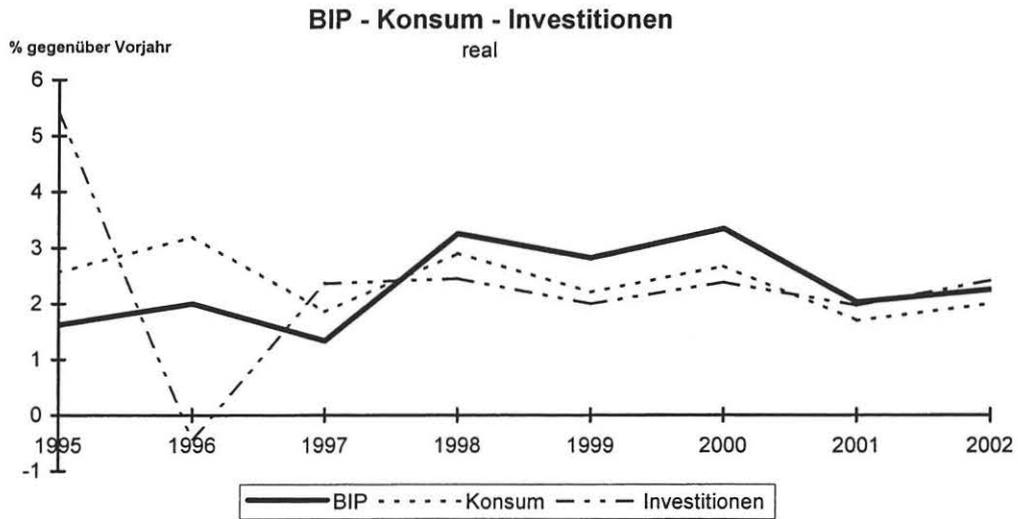
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

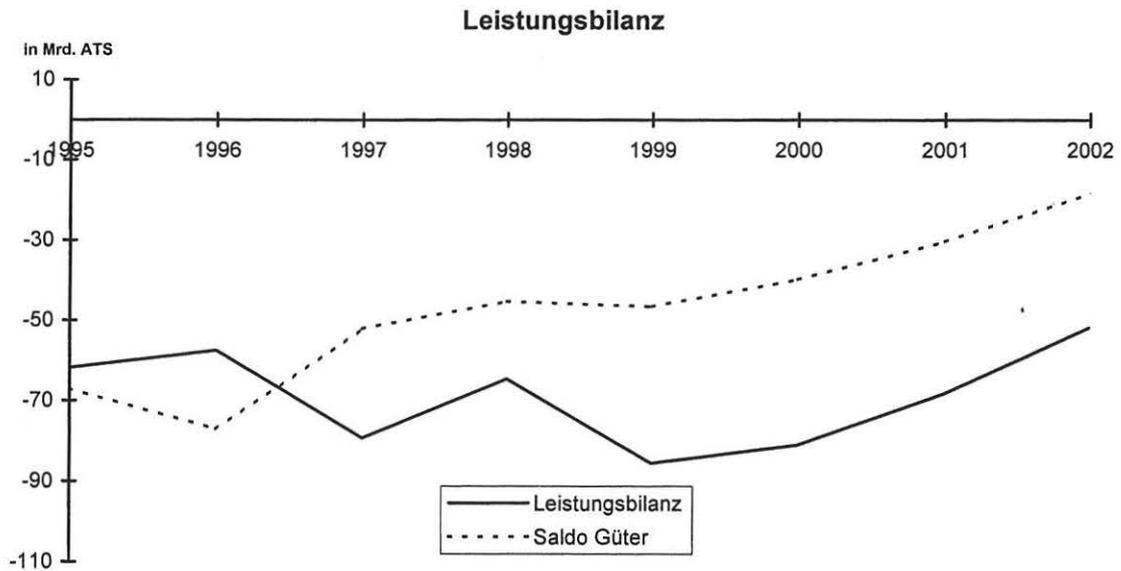
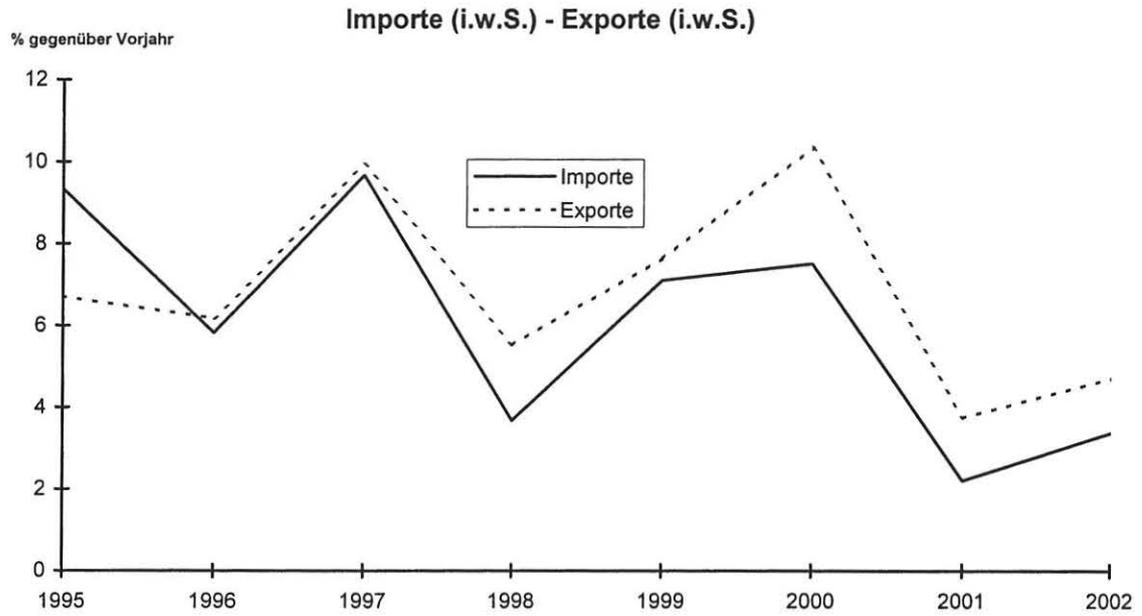
	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt, real	3.3	2.0	2.3
Privater Konsum, real	2.7	1.7	2.0
Bruttoinvestitionen insg., real	2.4	2.0	2.4
Ausrüstungsinvestitionen, real	6.0	3.2	4.0
Bauinvestitionen, real	1.3	1.0	1.0
Inlandsnachfrage, real	2.0	1.3	1.5
Exporte i.w.S., real	10.3	3.7	4.7
Waren, real (lt. VGR)	12.5	3.6	5.1
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	2.6	3.0	2.8
Importe i.w.S., real	7.5	2.2	3.4
Waren, real (lt. VGR)	7.5	1.9	3.6
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	5.2	2.5	2.0
Unselbständig Aktivbeschäftigte	1.0	0.4	0.5
Arbeitslosenrate: Nationale Definition ^{*)}	5.8	5.8	5.6
Arbeitslosenrate: EUROSTAT-Definition ^{*)}	3.7	3.8	3.6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	3.2	3.5
Preisindex des BIP	1.2	1.9	1.7
Verbraucherpreisindex	2.3	2.5	1.8
3-Monats-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	4.5	4.2	4.1
10-Jahres-Euroanleihen-Rendite ^{*)}	5.4	5.0	5.0
Leistungsbilanz (Mrd. ATS) ^{*)}	-80.9	-68.0	-51.6

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Die internationalen Handelsströme erhöhten sich im Jahr 2000 wertmäßig um 11.6 %, da in allen Teilen der Welt ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war. Im laufenden Jahr wirkt sich die nachlassende Wachstumsdynamik der US-Wirtschaft auf die globalen Handelsströme aus, die meisten Länder haben daher ihre Wachstumsaussichten für das laufende Jahr nach unten revidiert. Das Institut geht davon aus, dass sich das Wachstum des globalen Handels wertmäßig auf 5 % verlangsamt. Im Jahr 2002 wird der Welthandel mit 7 % wieder etwas rascher wachsen.

Die weltweite wirtschaftliche Abkühlung wird nach Einschätzung von IMF und Weltbank nur von kurzer Dauer sein. Demnach wird die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3.2 % wachsen, verglichen mit etwa 5 % im Vorjahr. Für 2002 wird eine Wachstumsbeschleunigung auf 3.9 % für möglich gehalten. Für Asien sagt der IMF ein Wachstum von 5.9 % in diesem Jahr und von 6.3 % im Jahr 2002 voraus und sieht in Lateinamerika Wachstumsraten von 3.7 und 4.4 %.

In der Prognose des Instituts wird angenommen, dass im laufenden und im nächsten Jahr der Euro gegenüber dem USD auf Grund der schwachen Wirtschaftsentwicklung im Euroraum leicht an Wert verliert. Die Geldpolitik bleibt in den meisten Ländern bis zum Ende des Jahres expansiv, im kommenden Jahr werden keine bedeutenden Zinsschritte unternommen. Die Annahme für den Rohölpreis wurde gegenüber der letzten Prognose um 2 USD auf 27 USD pro Fass angehoben, da die OPEC ihren Referenzpreis für Rohöl in dieser Höhe festgelegt hat.

Das Institut erwartet, dass sich das durchschnittliche Wachstum der dreißig Mitgliedsstaaten der OECD im laufenden Jahr von 4.1 % auf 2 ¼ % verlangsamt. Dabei wird die Abschwächung in Nordamerika geringer ausfallen als in Europa. Im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum im OECD-Raum auf 2 ¾ % wieder beschleunigen. Im laufenden Jahr kommt in den OECD-Ländern vor allem die restriktive Geldpolitik des Vorjahres zum Tragen. Darüber hinaus schmälert die anhaltende Teuerung das reale Einkommen der Haushalte. Im Jahr 2002 werden niedrigere Zinsen und Preise für die Wachstumsbeschleunigung verantwortlich sein.

Die Wachstumsaussichten der EU-Länder haben sich seit Jahresbeginn deutlich verschlechtert. Gründe dafür sind in der Abschwächung der Weltwirtschaft bzw. des Welthandels und in der strafferen Zinspolitik des Vorjahres zu sehen. Hinzu kommt, dass Wechselkurs und Preisentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen europäischen Wirtschaft geschmälert haben. Im Gesamtjahr wird daher das BIP der EU-Länder um nur 2 ¼ % wachsen. Spanien, die Beneluxländer und die skandinavischen Länder werden, nach überhitzter Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr, weich landen. In den großen Ländern Europas, angeführt von Deutschland, gibt es hingegen eine stärkere Wachstumsabschwächung.

Auf Grund der sehr guten Auftragslage zur Jahreswende stieg das BIP der Euroländer im ersten Quartal im Jahresvergleich noch stark an, im zweiten Quartal macht sich bereits eine Wachstumsabflachung bemerkbar und auch die Hoffnungen auf eine rasche Erholung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte

haben sich zerschlagen. Der Handelsblatt-Eurokonjunkturindikator hat im Juni seine seit neun Monaten anhaltende Talfahrt beschleunigt fortgesetzt. Zurückzuführen ist dies auf die geringere Nachfrage in der exportorientierten, verarbeitenden Industrie. Die Binnennachfrage konnte das Abbröckeln der Aufträge aus dem Ausland bislang nicht wettmachen.

Arbeitsmarktbedingungen und Preisentwicklung verunsichern die Konsumenten. In Deutschland, Frankreich und Italien wurde die Einkommenssteuer – wirksam seit Jahresanfang – zwar gesenkt, um den Haushaltskonsum anzukurbeln, die Erwartung, dass eine positive Grundstimmung der Verbraucher die Konjunktur stabilisieren werde, hat sich jedoch bislang nicht erfüllt. Die positive Entwicklung am europäischen Arbeitsmarkt scheint zur Jahresmitte gestoppt zu sein, da Großunternehmen in Deutschland, Frankreich und Schweden planen Arbeitsplätze abzubauen.

Die Inflation stieg in der ersten Jahreshälfte stark an und dürfte sich bis zum Jahresende nur leicht abkühlen. Es wird erwartet, dass auch im Jahr 2002 die Zielmarke der EZB von 2 % nicht erreicht wird. Maßgeblich für die Teuerung in den EU-Ländern waren bislang Ölpreis und Wechselkurs. Preissteigernd wirken sich nun auch die Maul- und Klauenseuche und BSE aus. Ein weiterer Preisdruck entsteht durch die geplante Einführung des Euro-Bargeldes, da Unternehmen bereits jetzt die Verbraucherpreise nach oben runden. Die Inflationsrate der EU-Länder lag im Mai über 3 %. In der Währungsunion verzeichnen die Niederlande mit 5.4 % die höchsten Preissteigerungen. Die niedrigste Inflationsrate hat nach wie vor Frankreich mit 2.5 %. In der gesamten EU ist das Vereinigte Königreich mit 1.7 % das preisstabilste Land. Damit liegt die Inflation in den EU-Ländern in Höhe der US-Teuerung. Während jedoch Inflationsgefahren für die FED derzeit nachrangig sind, steht bei der EZB das Ziel der Preisstabilität im Vordergrund.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands verlangsamt sich seit dem Beginn des laufenden Jahres deutlich. Die Institutsprognose wurde daher für das laufende Jahr weiter nach unten revidiert. Demnach wird das deutsche BIP im Jahr 2001 um nur 1 ¼ % wachsen. Im kommenden Jahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung nur leicht verbessern.

Die Wachstumsabschwächung im laufenden Jahr ist vor allem auf das Nachlassen der außenwirtschaftlichen Impulse zurückzuführen. Während die Exporte im vierten Quartal des vergangenen Jahres im Vorjahresvergleich noch eine zweistellige Wachstumsrate aufwiesen, verlangsamten sie sich im Verlauf des heurigen Jahres deutlich. Der Tiefststand des Exportwachstums dürfte am Jahresende erreicht werden. Die Außenhandelsentwicklung ist primär auf die nachlassende Weltwirtschaftsdynamik zurückzuführen. Darüber hinaus bewirken Wechselkurs- und Preisentwicklung eine Wettbewerbsminderung der deutschen Wirtschaft.

Seit Jahresbeginn verlangsamt sich das Wachstum der Auftragseingänge in der deutschen Industrie. Während im Jänner im Vorjahresvergleich noch Wachstumsraten von über 10 % verzeichnet wurden, werden insbesondere Aufträge aus dem Ausland bis zum Jahresende kaum zulegen. Als Folge verlangsamt sich auch die Industrieproduktion, begleitet von rückläufigen Beschäftigungszahlen. Eine Ausnahme stellt dabei die Kraftfahrzeugindustrie dar, die von der derzeitigen Wirtschaftsabschwächung weniger stark betroffen ist. Angesichts der schlechteren Konjunkturerwartungen verlangsamten sich die Ausrüstungsinvestitionen im Gesamtjahr auf 1 %, nachdem sie im Vorjahr um 9.9 % gewachsen waren. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie sieht kein Ende der Krise in der Bauindustrie. Demnach dürften sich die baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe Deutschlands im laufenden Jahr um rund 5 % verringern. Das Institut erwartet daher auch eine weiterhin rückläufige Entwicklung von 2 % bei den Bauinvestitionen. Die Anlageinvestitionen dürften im Gesamtjahr um 1 % schrumpfen.

Die Erwartungen werden von den wichtigsten Konjunkturindikatoren unterstrichen. Der Ifo-Geschäftsklima-Index erreichte im Mai mit 90.9 (im Vormonat: 92.5) Punkten den tiefsten Stand seit Mai 1999. Er fiel zum siebenten Mal in Folge. Der Handelsblatt-Frühindikator blieb im Mai mit 2.1 % auf dem niedrigen Niveau des Vormonats. Damit liegt er um einen vollen Prozentpunkt niedriger als vor Jahresfrist. Alle in den Indikator eingehenden Einzelgrößen haben sich zuletzt weiter verschlechtert, am stärksten das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe. Auch der Einkaufsmanagerindex und der OECD-Indikator sagen eine Produktionsabschwächung voraus.

Die Inlandsnachfrage bildet kein Gegengewicht zum rückläufigen Auslandsgeschäft. Der private Konsum bleibt als möglicher Ersatzmotor für die lahmende Exportkonjunktur nach wie vor zu schwach. Ganz offensichtlich werden die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Erleichterungen bei der Einkommensteuer von den Konsumenten kaum als solche registriert; im Vordergrund stehen die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Kraftstoffe. Mitverantwortlich für die Zurückhaltung bei den realen Konsumausgaben sind auch die teilweise drastischen Erhöhungen der Kfz-Steuer für Fahrzeuge, die nicht der Euro-2-Abgasnorm entsprechen. Jedenfalls blieben die realen Umsätze im Einzelhandel im ersten Vierteljahr deutlich hinter dem Stand vom Herbst des vergangenen Jahres zurück und auch das Vergleichsniveau von 2000 wurde nicht überschritten. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden sich demnach im laufenden Jahr um nur 1 % beschleunigen, verglichen mit 1.7 % im Vorjahr.

Als Folge der konjunkturellen Verlangsamung verschlechtert sich die Lage am deutschen Arbeitsmarkt seit Anfang 2001 wieder. Nur wenn das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2.0 % überschreitet, reagieren Beschäftigung und Arbeitsmarkt positiv. Auf Grund der gedämpften Wirtschaftsaussichten wird die Arbeitslosenrate (EUROSTAT-Definition) in Deutschland im laufenden Jahr um etwa einen halben Prozentpunkt, von 7.9 % auf 8.4 %, zunehmen.

Die Beschleunigung der Inflation von 2.2 % im Dezember 2000 auf 3.5 % im Mai 2001 wird auf den Preisanstieg von Rohöl sowie auf die Verteuerung der Nahrungsmittel wegen BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche zurückgeführt. Die 3.5 % entsprechen der höchsten Teuerungsrate seit 1994. Eine Entspannung in der Preisentwicklung dürfte in der zweiten Jahreshälfte eintreten. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerung 2.7 % betragen.

Weitere westeuropäische Länder

Die internationale Wirtschaftsabschwächung breitet sich auch auf **Italien** aus. Wie in Deutschland zeigt sich seit dem Jahresbeginn eine Verlangsamung des BIP-Wachstums. Während sich der außenwirtschaftliche Impuls abschwächt, wird die Wirtschaftsentwicklung von der Inlandsnachfrage getragen. Im Jahresdurchschnitt wird das italienische BIP um 2 % wachsen, verglichen mit 2.9 % im Vorjahr. Im laufenden Jahr wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen, während vom Außenbeitrag kein Wachstumsimpuls kommt. Im nächsten Jahr bleibt das Wachstumsbild unverändert.

Die Exporte, die im Vorjahr mit 10 % ein Rekordwachstum erzielten, schwächen sich im laufenden Jahr auf 3 % ab. Im Jahresverlauf verlangsamt sich dadurch auch die industrielle Aktivität, da die geringere Nachfrage aus Deutschland, Frankreich und den USA auch auf die italienische Industrie übergreift. Auf Grund des unsicheren Wirtschaftsausblicks und der damit verbundenen gedämpften Gewinnerwartungen werden, anstelle Güter zu produzieren, vorwiegend die Lager abgebaut. Das Wachstum der Anlageinvestitionen wird sich daher im laufenden Jahr auf 3 % verlangsamen, verglichen mit 6 % im Vorjahr.

Im ersten Quartal stiegen die nominellen Einzelhandelsumsätze stärker als erwartet, da das neue Steuersenkungspaket das verfügbare Einkommen der Haushalte aufbesserte. Laut ISAE (Italienisches Wirtschaftsforschungsinstitut) erreichte das Vertrauen der italienischen Verbraucher im Mai den höchsten Stand seit elf Jahren. Viele Befragte erwarten verbesserte Wirtschaftsbedingungen in der nahen Zukunft. Gedämpft wird dieser Optimismus durch die derzeitige Einkommensentwicklung, da Löhne und Gehälter langsamer als die Inflation steigen. Es ist daher auszuschließen, dass die Konsumentennachfrage die Abschwächung der Auslandsnachfrage ausgleichen kann.

Seit Jahresbeginn sind in Italien umfangreiche Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen wirksam. Ein weiterer Steuerabbau ist jedoch auf Grund von EU-Richtlinien nur noch begrenzt möglich, da Italien darauf achten muss, die Verschuldung des Staatshaushalts zu verringern.

Die Verlangsamung der industriellen Aktivitäten bringt eine Stagnation beim Abbau der Arbeitslosigkeit mit sich. Die Arbeitslosenrate dürfte am Ende des vergangenen Jahres mit 10 % einen Tiefststand erreicht haben. Im laufenden Jahr wird sie wieder leicht zunehmen. Zur Jahresmitte beträgt die Teuerung 3.0 %. Trotz der wirtschaftlichen Abschwächung ist ein rasches Abflauen der Preissteigerungen nicht in Sicht. Im laufenden und kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate um 2.5 % liegen. Wie in den Nachbarländern tragen Energie und Lebensmittel beträchtlich zur Teuerung bei.

Das internationale Umfeld geht auch an **Frankreichs** Wirtschaft nicht spurlos vorüber. Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres schwächte sich die Wachstumsrate gegenüber dem Vorquartal auf den tiefsten Wert seit 1997 ab. Wie in den anderen europäischen Ländern wird sich das Wirtschaftswachstum bis zu Jahresende weiter verlangsamen. Im Gesamtjahr dürfte die von der Inlandsnachfrage getragene

französische Wirtschaft um 2 ½ % wachsen; damit wird die Wachstumsrate zum ersten Mal seit 1998 unter 3 % liegen.

Während die Exporteinbußen in Frankreich geringer ausfallen als beispielsweise in Deutschland, ist die derzeitige Wachstumsabschwächung vorwiegend auf die nachlassende Inlandsnachfrage zurückzuführen. Bereits in der ersten Hälfte des laufenden Jahres war eine zunehmende Verlangsamung in der Konsumdynamik der privaten Haushalte festzustellen. Im Mai fiel der Vertrauensindex der Konsumenten zum vierten Mal in Folge. Steigende Kreditkosten und geringere Einkommenserwartungen dämpfen ihre Ausgabenfreudigkeit. Der Bau von Eigenheimen ist seit Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr rückläufig und wirkt in Folge auch auf den Konsum von Einrichtungsgegenständen und Bauartikeln. Die gedämpften Wirtschaftsaussichten machen weitere Steuersenkungspläne der Regierung unwahrscheinlich.

Das Vertrauen der Unternehmen erreichte im Mai den tiefsten Stand seit zwei Jahren und fiel zum sechsten Mal in Folge, da Auftragseingänge aus dem In- und Ausland stark nachlassen. Das Wachstum der Industrieproduktion wird im laufenden Jahr um einen Prozentpunkt schwächer ausfallen als im Vorjahr, und die Investitionspläne der Unternehmen wurden zur Jahresmitte nach unten revidiert. Heuer werden die Investitionen zwar noch um 5 % zunehmen, eine weitere Abschwächung ist jedoch für 2002 zu erwarten.

Trotz einer Kündigungswelle internationaler Konzerne verringerte sich die Arbeitslosenquote im ersten Quartal noch leicht. Im Jahresverlauf stagniert der Abbau der Arbeitslosigkeit, und die Arbeitslosenquote dürfte daher heuer und auch im nächsten Jahr bei 8.8 % liegen. Innerhalb Europas verzeichnet Frankreich eine der niedrigsten Teuerungsraten. Im laufenden Jahr dürften die Verbraucherpreise um etwa 1.4 % ansteigen.

Die Konjunktur des **Vereinigten Königreichs** entwickelt sich weiterhin kräftig und scheint sich dem schwächeren Trend der Weltwirtschaft zu entziehen. Treibender Konjunkturmotor ist die starke Nachfrage der Konsumenten. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres gab es eine Wachstumsabschwächung, die sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres weiter fortsetzte. In der zweiten Jahreshälfte wird sich jedoch das Wachstumstempo wieder beschleunigen, sodass im Jahr 2001 die Expansion 2 ½ % betragen wird.

Dieser Prognose wird zugrunde gelegt, dass die Bank of England für den Prognosezeitraum den Leitzinssatz unverändert auf 5.3 % belässt, dass das GBP gegenüber dem USD etwas an Wert verliert und die Staatsausgaben im Jahresdurchschnitt um 2.8 % wachsen. Laut Office of National Statistics hat die Maul- und Klauenseuche auf die volkswirtschaftliche Entwicklung nur geringfügige Auswirkungen.

Der wichtigste Impuls kommt von der Nachfrage der Haushalte. Sie wuchs in der ersten Hälfte des laufenden Jahres um mehr als 3 %; das Wachstum wird bis zum Jahresende ähnlich hoch ausfallen, da zur Zeit die Kredite an Haushalte ein Rekordniveau erreichen. Grund für die Nachfragesteigerung ist vor allem der Einkommenszuwachs für unselbständige Arbeit, der im Vorjahresvergleich etwa 5 % beträgt. Im Vergleich dazu beläuft sich die Teuerung nur auf 2.1 %. Eine positive Stimmung geht auch vom Arbeitsmarkt aus, da der Abbau der Arbeitslosigkeit voranschreitet. Derzeit liegt die Arbeitslosenrate bei 5 %.

Während sich die Nachfrage am Wohnungsmarkt etwas verlangsamt, nehmen die Importe von Konsumgütern stark zu, da die Haushalte die wechselkursbedingt niedrigen Preise ausländischer Produkte nützen. Die güterverarbeitende Industrie im Inland muss hingegen Einbußen in der Produktion hinnehmen, da Aufträge aus dem Ausland fehlen. Davon nicht betroffen ist der vorwiegend von der Inlandsnachfrage abhängige Dienstleistungssektor. Die wichtigsten Wachstumsbranchen sind Telekommunikation, unternehmensbezogene Dienstleistungen und Transport. Im laufenden Jahr nehmen die Investitionen für Ausrüstungsgüter mit 5 % wieder stärker zu. Im Vorjahr hatte ihre Wachstumsrate mit 2 % ein bedenklich niedriges Ausmaß.

Die Wirtschaft der **Schweiz** schwenkt im laufenden Jahr auf einen langsameren, aber stabilen Wachstumskurs ein. Während in der ersten Jahreshälfte das Jahreswachstum noch über 2 % lag, werden sich bis zum Jahresende Binnennachfrage und Exportkonjunktur abschwächen. Im Gesamtjahr wird das BIP-Wachstum 2 % betragen, verglichen mit 3.4 % im Vorjahr. Im nächsten Jahr setzt sich der Trend mit einem Wachstum von 1 ½ % fort. Das Institut geht davon aus, dass der Franken gegenüber dem Euro leicht an Wert gewinnt und der Leitzinssatz auf 3.0 % belassen wird.

Im April trübte sich das Konsumklima zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder ein. Die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage wurde von den Haushalten weniger günstig eingestuft als zuletzt. Die Meinung der Konsumenten spiegelt sich in den Einzelhandelsumsätzen wider. Der Kauf bzw. Bau von Eigenheimen expandiert nur langsam und dies trägt zur rückläufigen Entwicklung bei den langlebigen Wirtschaftsgütern bei.

Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie bewegte sich im ersten Quartal noch in einem kräftigen konjunkturellen Aufwind. Gemäss der letzten Umfrage des Branchenverbandes Swissem nahmen die Aufträge um 10 % zu. Die erwartete Abschwächung der Branche im laufenden Jahr ist vor allem auf die amerikanische Konjunktur und den Wechselkurs zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund dürften die gesamtwirtschaftlichen Exporte im laufenden Jahr um 4 % wachsen, verglichen mit 9.6 % im Vorjahr.

Ein reales Wirtschaftswachstum in der Nähe von 2 % pro Jahr entspricht einem Tempo, das für die Schweizer Volkswirtschaft angemessen ist und keine Gefahr einer erhöhten Teuerung oder Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Die Verbraucherpreise steigen mit 1.4 % in diesem Jahr langsamer als im Vorjahr (1.6 %) und die Arbeitslosenrate dürfte um 2 % liegen.

USA

Nach dem Rekordwachstum der letzten zehn Jahre wird die zur Zeit langsamere Wirtschaftsentwicklung in den USA noch einige Quartale anhalten. Im laufenden Jahr werden die Quartalswachstumsraten des BIP im Vorjahresvergleich nur zwischen 2 und 3 % liegen, verglichen mit durchschnittlich 5 % im vergangenen Jahr. Für das Gesamtjahr erwartet das Institut ein Wachstum von 2 ½ %. Die Revision um einen viertel Prozentpunkt ist auf die Wechselkursentwicklung — der Dollar bleibt gegenüber dem Euro stärker als zuletzt erwartet — und auf die schwächere globale Nachfrage zurückzuführen. Die expansive Geldpolitik

und die Steuersenkungspläne von 100 Mrd. USD für das laufende und das kommende Jahr werden sich im nächsten Jahr positiv auf die Wirtschaftsentwicklung niederschlagen. Für 2002 erwartet daher das Institut ein Wachstum von 3 ½ %.

Der „Conference Board Composite Leading Indicator“ stieg im Mai im Vergleich zum Vormonat kräftiger als zuletzt. Somit hat sich die Stimmung der US-Wirtschaft so stark wie seit Dezember 1999 nicht mehr verbessert. Zu den positiven Indikatoren, die auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage hinweisen, zählen Zinsentwicklung, Wertpapierkurse und Erwartungen der Konsumenten. Negative Komponenten waren Anträge an die Arbeitslosenversicherung, Umsatzentwicklung der Unternehmen und Auftragseingänge.

Fallende Einkommen aus Kapitalvermögen und sich verschlechternde Arbeitsmarktbedingungen trübten das Konsumentenvertrauen zur Jahreswende stark ein. Eine Verlangsamung der Kauffreudigkeit der Konsumenten konnte jedoch damals nicht festgestellt werden. Im ersten Quartal stiegen die Konsumausgaben im Vorjahresvergleich noch immer stärker als die Einkommen. Laut Vertrauensindizes verschiedener Institutionen (Universität Michigan, US Conference Board, Bloomberg) schätzen die Konsumenten im Mai ihre derzeitige finanzielle Lage und ihre Einkommensaussichten wieder positiver ein als im April. Im Gesamtjahr werden sich daher die Konsumausgaben der privaten Haushalte um durchschnittlich 3 % beschleunigen, verglichen mit einem Jahreswachstum von je 5.3 % in den vergangenen zwei Jahren.

Trübe Gewinnerwartungen zu Jahresbeginn wirkten sich nachteilig auf den Wertpapiermarkt und auf die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer aus. Die Verlangsamung der Nachfrage hat die Unternehmen dazu veranlasst, ihre Lagerbestände abzubauen. Die derzeit rückläufigen Auftragseingänge werden sich in der zweiten Jahreshälfte wieder beleben. Die verarbeitende Industrie wird laut National Association of Purchasing Managers in der zweiten Hälfte des Jahres wieder Zuwächse verzeichnen. Das hohe Wachstum von 13.5 % bei den Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr wird sich im laufenden Jahr auf 5 % verlangsamen und zum ersten Mal seit 1995 unter 10 % liegen. Es ist dies auch die geringste Wachstumsrate seit dem Ende der Rezession im Jahre 1991, als die Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr um 2 % fielen. Der Außenbeitrag verschlechtert sich weiter, da eine deutliche Verlangsamung des Exportwachstums seit dem vierten Quartal des vergangenen Jahres zu beobachten ist.

Seit Jahresbeginn nimmt die Arbeitslosigkeit in den USA wieder leicht zu, nachdem sie im vierten Quartal des vergangenen Jahres mit 4 % einen historischen Tiefstand erreichte. Von der erwarteten Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung am Ende des Jahres wird auch der Arbeitsmarkt profitieren. Die Arbeitslosigkeit dürfte daher in den USA weiterhin moderat bleiben und nur um etwa einen halben Prozentpunkt zunehmen.

Die Preisentwicklung stellt keine Gefahr für das Wirtschaftswachstum der USA dar. Laut Greenspan werden Kostensteigerungen eher die Gewinnspannen der Unternehmer mindern als die Verbraucherpreise erhöhen. Die Teuerung wird nur langsam nachlassen, da am Energiesektor neben der Rohölpreisentwicklung vor allem bei Strom Preisdruck besteht. Trotzdem wird die Teuerungsrate der Verbraucherpreise mit 3.1 % moderater als im Vorjahr ausfallen, als diese noch 3.4 % ausmachte. Im nächsten Jahr werden sich die Preissteigerungen weiter verlangsamen und knapp unter 3 % liegen.

Japan

Die Strukturprobleme der japanischen Wirtschaft verschärfen sich wieder. Nach einem überdurchschnittlich hohen Wachstum im letzten Quartal des Vorjahres setzte im ersten Quartal des laufenden Jahres bereits wieder eine Wachstumsverlangsamung ein. Im Gesamtjahr wird die japanische Wirtschaft voraussichtlich um 1 ¼ % wachsen, verglichen mit 1.7 % im Vorjahr. Im nächsten Jahr dürfte das BIP wieder um 1 ½ % zulegen.

Exporte und Investitionen werden im laufenden Jahr durch Weltkonjunktur und Wechselkursentwicklung gedämpft. Einerseits sinkt die Nachfrage aus den zwei wichtigsten Exportmärkten Japans, den USA und Asien, andererseits verminderte der Wertgewinn des Yen zur Jahreswende die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft. Wegen der schwachen Nachfrage und durch Verluste am Kapitalmarkt werden die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr stagnieren.

Am Anfang des zweiten Quartals weisen die wichtigsten Konjunkturindikatoren auf eine weitere Schwächung der japanischen Wirtschaft hin. Die Industrieproduktion wurde auf Grund langsamerer Aufträge herabgesetzt. Besonders starke Einbußen verzeichnete dabei die Produktion von elektronischen Geräten im Mobilfunkbereich und bei Personal Computern. Durch die geringe Nachfrage aus dem In- und Ausland stiegen die Lager und erreichten ihr höchstes Niveau seit vier Jahren. Der kurzfristige Ausblick des METI (Ministry of Employment, Trade, and Industry) für die Industrieproduktion bleibt daher weiterhin gedrückt.

Durch die fallende Anzahl an Überstunden und geringere Löhne greift die Stimmung der Industrie auch auf die japanischen Haushalte über. Der Einkommens- und Beschäftigungstrend wird sich im Jahresverlauf nicht ändern. Am Beginn des zweiten Quartals fiel der Verkauf von Eigenheimen im Vorjahresvergleich bereits um ein Drittel. Der Wohnungssektor macht zwar nur 5 % des japanischen BIP aus, seine Entwicklung lässt jedoch auf die zukünftige Nachfrage nach Wohn- und Haushaltsartikeln schließen. Die Konsumausgaben stiegen im ersten Quartal zwar an, da im Hinblick auf die Einführung einer Umweltabgabe viele alte Elektrogeräte durch neue ersetzt wurden. Im zweiten Quartal ging mit Wirksamkeit der neuen Steuer die Ausgabenfreudigkeit der Haushalte jedoch wieder stark zurück. Neben der rückläufigen Industrieproduktion wirkt sich auch die geplante Kürzung der Staatsausgaben nachteilig auf das Konsumentenvertrauen aus.

Auf Grund der derzeitigen Wirtschaftslage wird im laufenden Jahr keine Entspannung am japanischen Arbeitsmarkt erwartet. Die Arbeitslosenquote wird im Gesamtjahr auf 4.8 % leicht anstiegen. Die deflationäre Preistendenz dürfte heuer gestoppt werden. Für das Gesamtjahr wird eine Preissteigerung von 0.2 % erwartet. Die Bank of Japan wird die „gegen Null-Zinspolitik“ beibehalten.

OSTEUROPA

In den Jahren 2001 und 2002 dürfte sich die positive Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Russland fortsetzen. Als Folge der Abschwächung der Wirtschaftsdynamik in der EU hat sich das Wirtschaftswachstum in den schnell wachsenden ost- und mitteleuropäischen Ländern (Ungarn, Polen, Russland) im ersten Quartal des Jahres 2001 verlangsamt. Andere Länder, die im Jahr 2000 niedrigere Wachstumsraten erzielt hatten, wie die Tschechische Republik, Rumänien und die Slowakei, verzeichneten dagegen eine Beschleunigung des Wachstums. Diese Beschleunigung ist auf die schnell wachsende Inlandsnachfrage, hervorgerufen vor allem durch die rege Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch zurückzuführen. Damit ist auch eine Ausweitung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits verbunden. Als Resultat des anhaltenden Wirtschaftswachstums dürften sich die Beschäftigungsaussichten verbessern. Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung werden dagegen schwieriger zu erreichen sein.

Nach der dynamischen Entwicklung im Jahr 2000 hat das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** im ersten Quartal des Jahres 2001 wegen schwächerer Auslands- und Inlandsnachfrage an Schwung verloren. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im ersten Quartal 2001 auf 4.4 %. Das Wachstum ist auf die Beschleunigung der Industrieproduktion zurückzuführen, die von einer Belebung der Exporte getragen wird. Dennoch vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit um 105 Mio. USD im ersten Quartal 2001 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Die Investitionen entwickelten sich dynamisch mit einer realen Wachstumsrate von 5.3 %. Im ersten Quartal 2001 wurde im Vorjahresvergleich ein Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6 % registriert. In Folge des Anstiegs der Lebensmittelpreise erhöhte sich dagegen die Inflation, die im Zeitraum Jänner bis Mai 2001 bei 10.4 % lag.

Inflationsbekämpfung bleibt auch im Jahr 2001 ein wichtiges Thema auf der Agenda der ungarischen Regierung. In Folge der strafferen Geld- und Fiskalpolitik wird sich das Wachstum im Jahr 2001 auf 4 ½ % verlangsamen. Neben der ausländischen Nachfrage wird das beschleunigte Wachstum der Infrastrukturinvestitionen und der Inlandsnachfrage in diesem Jahr das Wirtschaftswachstum tragen. Für das Jahr 2002 erwartet die ungarische Regierung ebenfalls eine Wachstumsrate von 4 ½ %.

In **Polen** verringerte sich das Wachstum im ersten Quartal des Jahres 2001, sowohl im Jahresabstand wie auch im Vergleich zum Vorquartal. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, das niedrige Wachstum der realen Löhne und die hohen realen Zinsen dämpften den privaten Konsum, was zur schwachen Dynamik der Inlandsnachfrage beitrug. Das Wachstum der Industrieproduktion war von einem starken Exportwachstum getragen. Das Wachstum der Importe blieb mit 5 % gering. Als Folge der restriktiven Geldpolitik verringerten sich die externen Ungleichgewichte: Das Leistungsbilanzdefizit ging im April auf 5.1 % des BIP zurück. Diese Entwicklung wurde von einer Zunahme der Inflation auf 6.6 % im April 2001 im Jahresvergleich (im Wesentlichen verursacht durch steigende Lebensmittelpreise) und der Arbeitslosenquote auf 15.8 % begleitet.

Für 2001 wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 3 % erwartet. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wachstum auf 3 ½ % erhöhen. Die hohe Arbeitslosenquote und die hohen Zinsen sowie die niedrige Unternehmensrentabilität dürften das Wachstum im Jahr 2001 dämpfen. Das niedrige Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage wird zur weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits

beitragen. Nach einer Zunahme der Inflation im Jahr 2000 wird für das Jahr 2001 mit einem Rückgang gerechnet. Die Arbeitslosenquote dürfte dagegen auf 16 % steigen.

In **Tschechien** betrug das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2001 3.8 %. Seit August 2000 sind die Importe, insbesondere die Rohstoffimporte, schneller als die Exporte gewachsen, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit ausgeweitet hat. Verwendungsseitig ist das Wachstum auf den steigenden privaten Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen zurückzuführen. Auf der Entstehungsseite waren im Zeitraum Jänner bis April 2001 die Industrieproduktion, die Bauproduktion und die Dienstleistungen, insbesondere die Post und Telekommunikation, die treibenden Kräfte für das Wachstum. Die Arbeitslosenquote ist im ersten Quartal 2001 im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres mit 8.5 % leicht zurückgegangen. Die Inflationsrate stieg hingegen im Mai 2001 auf 4.2 % im Jahresvergleich.

Für 2001 wird ein Wachstum von 3 ½ % erwartet, das von der Inlandsnachfrage getragen wird. Hauptsächlich wegen des anhaltenden Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere im Bereich der neuen Technologien, ist weiterhin mit einer Beschleunigung des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen zu rechnen. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum leicht beschleunigen (3 ¾ %).

Das Wirtschaftswachstum in der **Slowakei** beschleunigte sich im ersten Quartal 2001 auf 3 %. Auf der Entstehungsseite wurde das Wachstum von der Industrieproduktion (9.1 % im Zeitraum Jänner-April 2001 im Vergleich zum Vorjahr) und der Bauproduktion (5.8 %) infolge der Belebung des privaten Konsums (4 % im ersten Quartal 2001) und der Bruttoanlageinvestitionen (16.2 %) getragen. Wegen der dynamischen Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im ersten Quartal des Jahres 2001 mit 15 % schneller als die Exporte (13.1 %). Dadurch weitete sich das Handels- und Leistungsbilanzdefizit aus. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im April 2001 auf 18.3 % und die jährliche Inflation sank im Mai 2001 auf 7.4 %.

Für heuer dürfte sich das Wachstum infolge der dynamischen Inlandsnachfrage auf 3 %, 2002 auf 3 ¾ % beschleunigen.

In **Slowenien** stützte sich das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal des Jahres 2001 auf die ausländische Nachfrage. Das starke Wachstum der Exporte spiegelte sich im Wachstum der Industrieproduktion (5.3 % im Zeitraum Jänner–April 2001) wider. Die realen Exporte (9.7 % im ersten Quartal 2001) wuchsen, während die realen Importe schrumpften (-0.6 %), was sich in einem Überschuss der Leistungsbilanz (50.5 Mio. USD) niederschlug. Der private Konsum und die Investitionen wiesen im ersten Quartal 2001 negative Wachstumsraten aus. Wegen hoher Lebensmittelpreise stieg die Inflationsrate im Zeitraum Jänner–April 2001 auf 4.5 %. Dagegen fiel die Arbeitslosenquote im März 2001 auf 11.8 %.

Infolge der prognostizierten Verlangsamung des Exportwachstums und der Beschleunigung des Wachstums der Investitionen erwartet das slowenische Forschungsinstitut IMAD für das Jahr 2001 eine Wachstumsrate von 4 %. Die Inflationsrate wird mit 7.8 % prognostiziert. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 4 ½ % beschleunigen.

In **Rumänien** beschleunigte sich das Wachstum im ersten Quartal 2001 auf 4.8 %. Dies ist vor allem auf die steigende Industrieproduktion (11.8 %), die Bauproduktion (7 %) und die Dienstleistungen (2.4 %) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite sind für den BIP-Anstieg der private Konsum (6.7 %) und die Bruttoanlageinvestitionen (7 %) verantwortlich. Weil das Importwachstum (36 % im ersten Quartal des Jahres 2001) höher ausfiel als das Exportwachstum (24.4 %), kam es zu einer Ausweitung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits. Die Inflationsrate blieb auch Anfang 2001 auf einem hohen Niveau (13 %), während die Arbeitslosenquote auf 9.9 % (April) zurückging.

Heuer dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 4 % beschleunigen, im Jahr 2002 sollte es 4 ¼ % betragen. Die rumänische Industrie dürfte von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

In **Bulgarien** setzte sich die positive Wirtschaftsdynamik im ersten Quartal 2001 fort. Diese Entwicklung wurde von der Industrie mit einer Wachstumsrate von 3 % in den ersten vier Monaten 2001 getragen, die von den schnell wachsenden Exporten (12.3 %) profitiert hat. Die Importe wuchsen um 11.9 %. Jedoch zeigen die Daten eine Ausweitung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits in den Monaten März und April. Diese Entwicklung ist auf die höheren Ölimporte und die niedrigeren Exporte in die Türkei zurückzuführen. Die realen Einkommen und der private Konsum entwickelten sich rückläufig. April 2001 betrug die Arbeitslosenquote 18.5 %. Die Inflationsrate belief sich auf 9.8 %.

Für 2001 und 2002 rechnen die internationalen Prognosen als Resultat der schwächeren Nachfrage der EU und der zu erwartenden Aufwertung des an den Euro gebundenen Lev mit einer Verlangsamung des Wachstums auf 3 ¾ %. Die Inflation dürfte wegen stabilerer Ölpreise und der moderaten inländischen Preisentwicklung zurückgehen.

Mit 4.2 % verlangsamte sich das Wachstum der **russischen** Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres 2001. Das Wachstum der Industrieproduktion belief sich im Zeitraum Jänner bis April 2001 gegenüber dem Vorjahr auf 5.6 %. Der Anstieg der Exporte, insbesondere von Öl und Gas, verlangsamte sich auf 4 % im ersten Quartal 2001. Die Importe dagegen entwickelten sich dynamisch mit einer Wachstumsrate von 10 %. Gleichzeitig verlangsamte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (4 %). Die Inflation und die Arbeitslosenquote belaufen sich derzeit auf 24.5 % bzw. 9.6 %.

Für 2001 und 2002 dürfte sich das Wachstum als Resultat des stabilen Ölpreises und des stärkeren Rubels auf 4 % verlangsamen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1998	1999	2000	2001	2002
Welthandel, nominal (NIESR, April 2001)	5.6	6.2	12.9	7.3	7.1
Welthandel, nominal (OECD, Juni 2001)	5.4	5.7	13.1	7.2	8.0
Welthandel, real (IMF, Juni 2001)	4.2	4.6	7.9	7.2	
Welthandel, real (LINK, April 2001)			11.9	6.1	6.2
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.8	1.4	3.0	1¼	1¾
Italien	1.8	1.2	2.4	2	2
Frankreich	3.5	3.0	3.2	2¼	2½
Vereinigtes Königreich	2.6	2.3	3.2	2½	3
Schweiz	2.4	1.6	3.4	2	1¾
Polen	4.8	4.1	4.1	3	3½
Slowakei	4.4	1.9	2.2	3	3¾
Tschechien	-2.3	-0.2	2.7	3½	3¾
Ungarn	4.9	4.5	5.2	4½	4½
Slowenien	3.9	5.0	4.5	4	4½
Bulgarien	3.5	2.4	5.8	3¾	3¾
Rumänien	-5.4	-3.2	1.6	4	4¼
Russland	-4.6	5.4	8.3	4	4
USA	4.4	4.1	5.0	2½	3½
Japan	-1.1	0.8	1.9	1¼	1½
EU	2.9	2.6	3.4	2¼	2½
OECD - Insgesamt	2.7	3.2	4.1	2	2¾
Österreichische Exportmärkte	10.7	6.7	12.6	4.0	5.3
ATS/USD Wechselkurs*)	12.3	12.9	14.9	15.2	14.8 ^{#)}
Rohölpreise ^{*)**)}	14.5	17.3	29.1	27	27

Quelle: IMF, OECD, Europäische Kommission, WIIW, Deutsche Bank, nationale Statistiken, eigene Berechnungen, NIESR.

*) absolute Werte

***) USD/barrel

#) technische Annahme

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Nach dem Konjunkturboom im vergangenen Jahr verlangsamt sich der österreichische Außenhandel deutlich. Die Gründe dafür liegen in der Abschwächung der internationalen Nachfrage und in der Wechselkursentwicklung des Euro. Die nominellen Exporte i. w. S. laut VGR werden 2001 um 5.3 % ansteigen, nachdem sie 2000 um 12.9 % gewachsen sind. Für 2002 wird mit einem Wachstum von 6.0 % gerechnet.

Die größte Steigerungsrate wurde im Jahr 2000 mit 15.1 % bei den nominellen Warenexporten laut VGR verzeichnet. Im laufenden Jahr dürfte sich das Exportwachstum auf 4.9 % abschwächen. Im Jahr 2002 wird mit einer leichten Erholung auf 6.2 % gerechnet. Die Exporte in Länder außerhalb des Euroraumes, insbesondere in die USA, sind von einem starken Wachstumsrückgang betroffen. Die österreichischen Exportzuwächse in diese Länder lagen im Jahr 2000 weit über 20 %; für das laufende Jahr werden Zuwächse von etwa 8 % erwartet. Die Zuwachsrate der Warenexporte nach Deutschland wird heuer rund 5 % betragen, verglichen mit 11.2 % im Vorjahr.

Die nominellen Reiseverkehrsexporte stiegen im Jahr 2000 aufgrund der guten internationalen Konjunkturlage um 5.0 %. Dieser Trend setzt sich im Prognosezeitraum trotz der Konjunkturabschwächung fort. Die Exporte der sonstigen Dienstleistungen stiegen im Jahr 2000 um 15.4 %. Ihr Wachstum wird sich jedoch heuer und 2002 auf etwa 6.5 % verlangsamen.

Die **realen Exporte i. w. S. laut VGR** wuchsen im Jahr 2000 um 10.3 %. Im laufenden Jahr wird sich das Wachstum dieses Aggregates auf 3.7 % verlangsamen und 2002 wird die Steigerungsrate 4.7 % ausmachen. Die **realen Warenexporte** dürften im laufenden Jahr um nur 3.6 % steigen, nach einem Anstieg von 12.5 % im Vorjahr. Die sonstigen Dienstleistungen dürften heuer real um 5.0 % wachsen. Das Wachstum der **realen Reiseverkehrsexporte** betrug im Jahr 2000 2.6 %. Im laufenden und im kommenden Jahr wird der Reiseverkehr im Jahresdurchschnitt um 3.0 % bzw. 2.8 % zunehmen.

Die **nominellen Importe i. w. S. laut VGR** stiegen im vergangenen Jahr aufgrund der Entwicklung von Wechselkurs und Rohölpreis und beschleunigten sich daher im vergangenen Jahr um 12.9 %. Heuer und im nächsten Jahr dürfte sich die Wachstumsrate verlangsamen und 4.5 % betragen. Gründe für die erwartete Wachstumsabschwächung sind Preiseffekte und die gedämpfte Inlandsnachfrage. Die Warenimporte werden heuer um 4.1 % und im nächsten Jahr um 4.4 % wachsen.

Bei den **nominellen Reiseverkehrsimporten** wird heuer ein Wachstum von 5.0 % erwartet, da aufgrund der Konjunkturlage in Österreich Fernreisen abnehmen werden. Im vergangenen Jahr betrug das Wachstum der nominellen Reiseverkehrsimporte 7.8 %. Im Jahr 2002 wird mit einer Wachstumsverlangsamung auf 4 % gerechnet.

Im Einklang mit der Wirtschaftsentwicklung wird das Wachstum der **realen Importe i.w.S. laut VGR** von 7.5 % im Vorjahr auf 2.2 % zurückgehen. Im Jahr 2002 wird das Wachstum 3.4 % betragen. Die **realen Warenimporte** wuchsen im Jahr 2000 noch um 7.5 %. Für heuer und für das nächste Jahr wird mit einer Wachstumsabschwächung auf 1.9 % und 3.6 % gerechnet. Nach Rückgängen in den Jahren 1998 (-7.1 %)

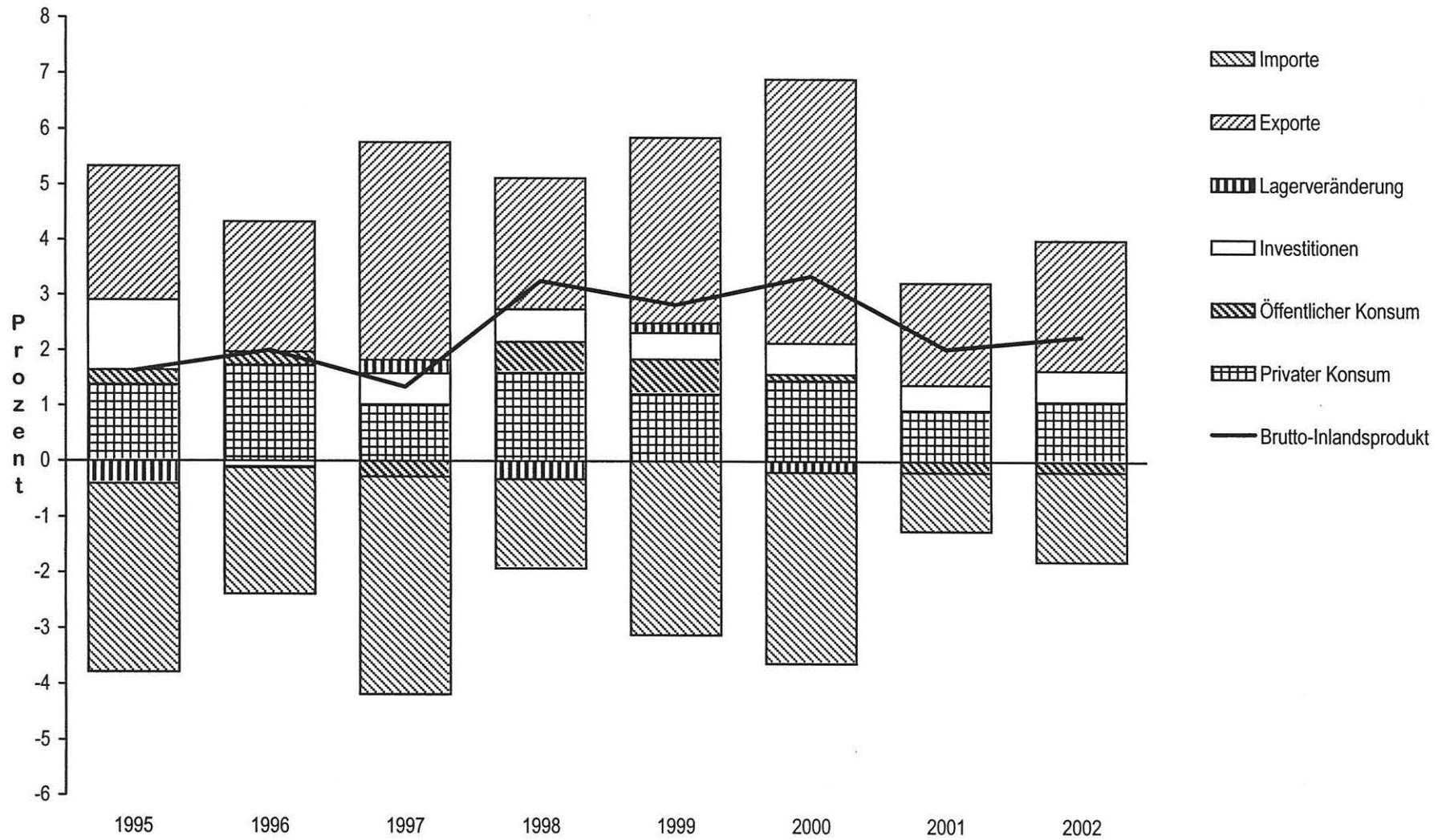
und 1999 (-2.0 %) stiegen die **realen Reiseverkehrsimporte** im vergangenen Jahr um 5.2 %. Im Prognosezeitraum wird mit einem Wachstum von 2.5 % bzw. 2.0 % gerechnet.

Die **Warenexportpreise** wuchsen im Jahr 2000 um 2.4 %. Im laufenden und kommenden Jahr wird der Preisanstieg 1.3 % bzw. 1.0 % betragen. Die hohen Rohölpreise und der schwache Euro trugen bis zum Ende des Jahres 2000 wesentlich zur Erhöhung der **Warenimportpreise** von 5.6 % bei. Die Preissteigerung wird heuer 2.2 % und im nächsten Jahr 0.8 % betragen. Die Terms of Trade verschlechterten sich im Jahr 2000 um 3.1 %, im Jahr 2001 um 0.9 % und werden 2002 stagnieren.

Die Preise der **Reiseverkehrsexporte** stiegen im Jahr 2000 um 2.3 %. Die Preissteigerungen werden im laufenden Jahr 2.5 % und 2.0 % im nächsten Jahr betragen. Bei den **Reiseverkehrsimporten** gab es 2000 Preissteigerungen von 2.4 %. Im laufenden Jahr dürfte die Teuerung 2.4 % betragen und für das nächste Jahr wird mit einer Abschwächung der Teuerung auf 2.0 % gerechnet.

Im Jahre 2000 verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit um 4.6 Mrd. ATS auf 80.9 Mrd. ATS. Der konjunkturell bedingte Rückgang der Importe heuer impliziert, trotz deutlicher Abschwächung der Exportdynamik, eine Leistungsbilanzverbesserung. Das Leistungsbilanzdefizit wird 68 Mrd. ATS betragen. Für 2002 wird eine Verringerung des Defizits auf 51.6 Mrd. ATS erwartet. Der Saldo aus Güteraus- und -einfuhren verschlechterte sich im Jahr 2000 um 1.2 Mrd. ATS auf 46.5 Mrd. ATS. Hierbei ist allerdings die Diskrepanz zwischen Handelsbilanz laut Statistik Austria und Wareneinfuhren gemäß OeNB zu berücksichtigen. Dies erklärt die starke Passivierung des Saldos der sonstigen Dienstleistungen. Nachdem die Importe im nächsten Jahr schwächer steigen als die Exporte, erwartet das Institut für 2001 eine Verbesserung des Saldos der Güter von 9.4 Mrd. ATS. Auch 2002 wird eine weitere Verbesserung erwartet. Aufgrund der regen Tourismusimporte verschlechterte sich die Reiseverkehrsbilanz im vergangenen Jahr um 2.9 Mrd. ATS. Im laufenden und im nächsten Jahr wird mit keiner wesentlichen Änderung des Reiseverkehrsüberschusses gerechnet. Das Leistungsbilanzdefizit in Prozent des BIP betrug im Jahr 2000 2.9 %. Es wird im laufenden Jahr auf 2.3 % und auf 1.7 % im nächsten Jahr absinken.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die Einschätzung der Entwicklung der Konsumausgaben der österreichischen Haushalte wird weiter durch das Fehlen einer durchgehenden Zeitreihe über das verfügbare Haushaltseinkommen stark erschwert.

Obwohl das reale Wirtschaftswachstum derzeit deutlich vorsichtiger eingeschätzt werden muss, weist die Institutsprognose für das **reale Wachstum des privaten Konsums** mit 1.7 % für das laufende Jahr und 2.0 % für 2002 nur geringfügig niedrigere Werte aus als zuletzt. Da anzunehmen ist, dass die Dynamik der Haushaltseinkommen dem Gesamtbild eines gedämpften Wirtschaftswachstums folgt, nicht zuletzt durch den verstärkten Preisauftrieb bei wenig veränderter Fortschreibung der Lohn- und Gewinneinkommen, bedeutet diese Entwicklung des Konsumverhaltens einen fortgesetzten Rückgang der Haushalts-Sparquote.

Ein Rückgang der Haushalts-Sparquote, also ein Verzicht auf die übermäßige Akkumulation von finanziellen Rücklagen, ist angesichts der Bemühungen zur Sanierung des Staatsbudgets sehr plausibel. Auch in anderen Ländern konnte in vergleichbaren Episoden eine starke und nachhaltige Verringerung der Haushalts-Sparquote beobachtet werden, wobei die Reaktion oft weit über den direkten Effekt eines vorübergehenden Ausgleichs einer unbefriedigenden Realeinkommensentwicklung durch Entsparen hinausgeht. Das Vertrauen darauf, dass es der als Ganzes betrachteten Volkswirtschaft nun leichter fallen wird, ihre Schulden zu bedienen, und die längerfristig optimistische Erwartung einer geringeren Steuerbelastung bedingen eine erhöhte Konsumnachfrage, die sich in einer geringeren Sparquote ausdrückt. Saldenmechanisch findet dieses Verhalten auch in der volkswirtschaftlichen Spar-Identität seinen Niederschlag, in welcher (vereinfacht) den Investitionen vier Finanzierungsquellen gegenüberstehen: das Sparen der Haushalte, die einbehaltenen Gewinne, der Budgetüberschuss der öffentlichen Hand, und das Leistungsbilanzdefizit. Entsprechend wird ein verringertes Defizit des Staatsbudgets durch eine Anpassung einer anderen Position ausgeglichen, wobei dem Sparen der Haushalte ein großes Gewicht zukommt.

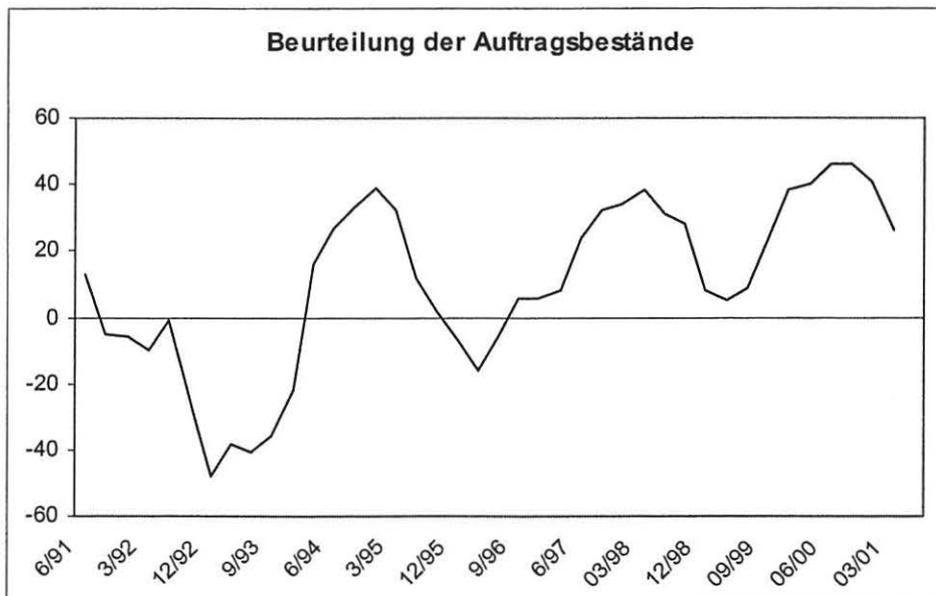
Der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum privaten Konsum zählende **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst heuer und im nächsten Jahr real mit jeweils 2.5 % und damit etwas stärker als die übrigen Nachfragekategorien.

Die Institutsprognose weist die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** sowie ihre beiden Hauptkomponenten aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**. Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzungen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter. Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen sind in den Bruttoinvestitionen enthalten, werden aber nicht getrennt ausgewiesen.

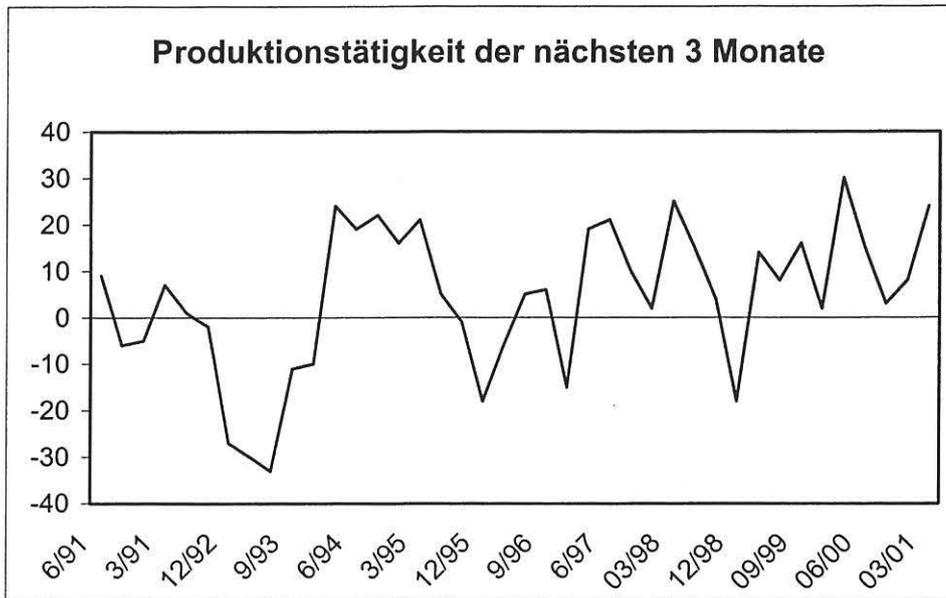
Für das laufende Jahr ergibt sich ein Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** um 3.2 %. Im Jahr 2002, in dem sich das Wirtschaftswachstum wieder etwas beschleunigen wird, wird auch die Investitionsdynamik moderat auf 4.0 % steigen.

Ausgelöst durch die Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik im heurigen Jahr halbiert sich das Wachstum der Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr in etwa. Im Gegensatz zu früheren Jahren war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu beobachten, dass die Schwankungen der Ausrüstungsinvestitionen gedämpfter ausfallen. Seit 1996 wuchs dieses Aggregat jährlich um rund 5 %. Im Jahr 1997, als die Gesamtwirtschaft nur um 1.3 % wuchs, betrug das Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen 5.4 %. Phasen geringeren Wirtschaftswachstums in Österreich müssen nicht notwendigerweise auch zu einem Einbruch in der Investitionstätigkeit führen. Die Einschätzung der langfristigen Entwicklungschancen, die durch kurzfristige Schwankungen weniger beeinflusst ist, ist offenbar zur wesentlichen Determinante der Investitionsentscheidungen geworden.

Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (März 2001), die in den beiden folgenden Grafiken auszugsweise wiedergegeben sind, spiegeln die aktuellen Kontraktionstendenzen wider. Die Beurteilung der gesamten Auftragsbestände fällt schlechter aus als in den letzten fünf Befragungen. Die Beurteilung der Auslandsaufträge (hier nicht ausgewiesen) verzeichnet einen ähnlichen Rückgang.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung

Die Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate hatte bereits in der letzten Befragung ein optimistischeres Bild als die Beurteilung der Auftragsbestände gezeichnet. Diese Einschätzung der Produktionstätigkeit bekräftigt die Erwartung, dass die heurige Verlangsamung der Konjunktur dynamik als kurzfristig anzusehen ist.

Im Jahr 2000 verzeichneten die **realen Bauinvestitionen** ein Wachstum von 1.3 %, wobei der Wohnbau nur rund halb so stark wie der Nicht-Wohnbau wuchs. Für das laufende Jahr sowie auch für 2002 ergibt die Institutsprognose ein Wachstum von 1.0 %. Im Wohnungsneubau zeichnet sich eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenz ab, die Zahl der Bewilligungen geht weiterhin zurück. Im Bereich der öffentlichen Bauinvestitionen wirkt der weiterhin gegebene Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte dämpfend. Schwache Impulse für die Baukonjunktur zeichnen sich eher im Tiefbau als im Hochbau ab. Die in Summe schwache Baunachfrage wird Druck auf die Baupreise ausüben, sodass die Preisentwicklung im Bausektor im Prognosezeitraum verhaltener ausfallen wird als im letzten Jahr. Allerdings war im Jahr 2000 im Baubereich mit 2.9 % ein gemessen an der gesamten Wirtschaft (1.2 %) überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen gewesen.

Aus Obigem ergeben sich die Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen insgesamt mit 2.0 % heuer und 2.4 % im Jahr 2002. Die Investitionsquote stagniert bei einem Wert von unter 23 ½ %.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist weiterhin durch die von der neuen Bundesregierung beschleunigt in Angriff genommenen Konsolidierungsbemühungen bestimmt. Im Vorjahr ist die Nettodefizitquote des Gesamtstaates mit 1.1 % niedriger als erwartet ausgefallen; dies ist aber zu einem guten Teil auf die Wirkung von Einmaleffekten zurückzuführen, wie insbesondere die höher als budgetiert ausgefallenen Einnahmen aus der Veräußerung von UMTS-Lizenzen.

Der von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierungskurs, verbunden mit einer Rückführung des Defizits auf 0.75 % im Jahr 2001 und einem ausgeglichenen Haushalt in den Folgejahren, sollte grundsätzlich beibehalten werden. Österreich betätigt sich damit keineswegs als überambitionierter finanzpolitischer Vorreiter, sondern hat lediglich angesichts der sich aus der offensichtlich zu laxen Politik der Vorjahre ergebenden Gefahr, den Anschluss zu verlieren, eine längst überfällige Wende nachvollzogen und wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode zum westeuropäischen Mittelfeld aufschließen. Im Jahr 2000 verzeichnete der gesamte Euroraum bereits einen Budgetüberschuss; in einigen Mitgliedstaaten werden Budgetüberschüsse bis an die 5-Prozent-Marke erzielt.

Die für heuer und das nächste Jahr vorgegebenen fiskalpolitischen Zielsetzungen werden aber, nicht zuletzt angesichts der sich abschwächenden Konjunktur, wohl nur bei striktester fiskalischer Disziplin sämtlicher Gebietskörperschaften zu realisieren sein. Dementsprechend wird die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte weiterhin verhalten bleiben müssen; der reale öffentliche Konsum wird im Prognosezeitraum leicht zurückgehen.

Den derzeit eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der nunmehr in Gang gekommenen Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Es wäre ausgesprochen kontraproduktiv und nicht Ausdruck einer auf Nachhaltigkeit bedachten Budgetpolitik, würde die Bundesregierung denselben Fehler wie ihre Vorgängerin begehen und der Versuchung eines politischen Konjunkturzyklus nachgeben.

Dennoch sollte unter rigoroser Beachtung des eingeschlagenen Stabilitätskurses mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste jedoch nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkaufte werden. Die für die Budgets 2000 und 2001 beschlossenen steuerlichen Maßnahmen der neuen Bundesregierung (dem Umfang nach knapp 40 Mrd. ATS) erhöhen die Abgabenquote 2001 um etwa 1.4 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Abgabenquote wird sich damit der 45-Prozent-Marke annähern.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotentiale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen.

Hier ist auch die gegenwärtig nicht wirklich befriedigende Regelung des Finanzausgleichs angesprochen. Einer in weiten Bereichen dezentralen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung steht in der gegenwärtigen österreichischen Finanzverfassung eine sehr zentralistische Einnahmenstruktur gegenüber; die politische Verantwortung für die Steuerpolitik einerseits und für die Ausgabenentscheidungen andererseits fällt damit auseinander. Dies ist keine gute Voraussetzung für einen effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Mittelfristig sollte sich eine Reform des Finanzausgleichs daher an der Überlegung orientieren, die Länder stärker mit einer eigenen Steuerbasis auszustatten und Kostenübernahmen des Bundes abzubauen. Ziel einer derartigen Reform wäre, die fiskalische Verantwortung aller öffentlichen Haushalte für die von ihnen

erbrachten Leistungen klarzustellen und damit bessere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen.

Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen, muss die Frage nach ihrer sozialen Treffsicherheit weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Reformen in diesem Bereich, die dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden, könnten in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Vorderhand haben die beiden von der Bundesregierung eingesetzten Pensionsreformkommissionen ihre erste Aufgabe erfüllt, kurzfristig Maßnahmen zu erarbeiten, welche das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel realisieren, bis zum Jahr 2003 15 Mrd. ATS einzusparen. Längerfristig freilich müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefgehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen, beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden“ Leistungen — wo immer Gerechtigkeits- und Umverteilungsüberlegungen solche erforderlich erscheinen lassen — im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen. Das Institut plädiert in diesem Zusammenhang für die — schon im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehene — Einführung persönlicher Pensionskonten im Rahmen eines beitragsdefinierten Umlageverfahrens. Die individuellen Pensionskonten stellen den streng nach dem Versicherungsprinzip konzipierten Kern der Altersversorgung dar, welcher nach wie vor nach dem Umlageverfahren finanziert werden soll. Als Ergänzung bietet sich an, zusätzlich eine nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierte Säule (wo auch private Anbieter zugelassen werden könnten) aufzubauen.

Im Jahr 2000 sind die Arbeitnehmer-Entgelte laut VGR je Aktiv-Beschäftigtem um 2.5 % gestiegen. Die Tariflöhne sind um einen halben Prozentpunkt schwächer gewachsen. Seit Jahresbeginn liegen die Tariflöhne um 2.6 % über dem Vorjahreswert, der Anstieg des Tariflohnindex hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um gut einen halben Prozentpunkt beschleunigt. Die **Lohnprognose** rechnet daher weiterhin mit einem Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigtem (ohne KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienere mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) von 3.2 %. Aufgrund der höher als erwarteten Preissteigerungen beläuft sich der Lohnanstieg in realer Rechnung nur auf 0.8 %.

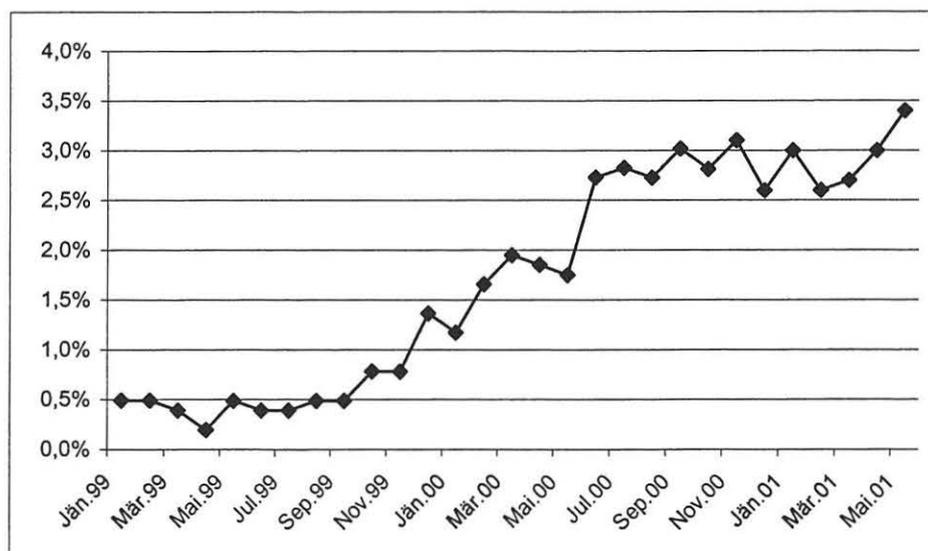
Hinsichtlich der Lohnrunde in diesem Herbst sind zwei gegenläufige Tendenzen zu konstatieren. Einerseits erscheint wegen der schwächeren Konjunktur Lohnzurückhaltung angebracht, andererseits ist aber auch die kräftigere Preisentwicklung zu berücksichtigen. Eine völlige Überwälzung des Preisanstiegs in die Löhne birgt die Gefahr des Entstehens einer Lohn- und Preisspirale. Ein dauerhaft höheres Preisniveau könnte die Wirtschaftsentwicklung dämpfen. Zu bedenken ist, dass ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Verbraucherpreise von externen Einflüssen (Energiepreise) ausgelöst wurde und daher nicht in die Löhne überwältzt werden sollte. Weiters ist im Verlauf des heurigen Jahres mit einer deutlichen Abschwächung des Preisaufliebes zu rechnen. Das Institut geht davon aus, dass auch die diesjährige Herbstlohnrunde die Tradition der stabilitäts- und beschäftigungsorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen fortsetzt. Vor diesem Hintergrund wird ein nominelles Lohnwachstum von 3 ½ % erwartet. Die Reallöhne werden um

1.8 % und damit im selben Tempo wie die Arbeitsproduktivität steigen. Durch den Gebrauch von Öffnungsklauseln besteht die Möglichkeit, auf unterschiedliche betriebliche Entwicklungen besser Rücksicht nehmen zu können.

Im Jahresmittel 2000 betrug die **Inflationsrate** 2.3 %, wofür vor allem der starke Anstieg der Energiepreise verantwortlich war; zusätzlich hat noch die im Juni erfolgte Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren zum deutlichen Preisauftrieb beigetragen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres gestaltete sich die Entwicklung der Verbraucherpreise ungünstiger als erwartet. Seit Februar hat sich die Preisentwicklung deutlich beschleunigt und im Mai erreichte die Inflation mit 3.4 % den höchsten Wert seit 8 Jahren. Je ein Fünftel der Inflationsrate wird durch die Bereiche Wohnen, Verkehr und Nahrungsmittel verursacht. Daran erkennt man, dass die weiterhin hohen Energiepreise, aber auch die durch die BSE-Krise ausgelösten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln den starken Preisauftrieb im Mai dominieren. In der zweiten Jahreshälfte sollten sich diese Sondereffekte aber abschwächen und darüber hinaus ist ab Juni die Erhöhung der Steuern und Gebühren nicht mehr indexwirksam. Die schwache Konjunktursituation sollte den Preisauftrieb zusätzlich dämpfen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut nunmehr eine Jahresinflationsrate von 2.5 %. Damit wird die Inflationsprognose gegenüber März um einen halben Prozentpunkt nach oben revidiert. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate unter die 2-Prozent-Marke fallen und 1 ¾ % betragen. Die Einführung des Euro-Bargeldes könnte die Inflation zu Jahresbeginn etwas dämpfen. Weiters unterstellt diese Prognose, dass die Lohnverhandlungen im stabilitätskonformen Rahmen bleiben und der internationale Wettbewerbsdruck Preisdisziplin bei den Unternehmen sicherstellt.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Austria

Die Situation am Arbeitsmarkt reagiert auf die konjunkturelle Eintrübung. Zwar wächst die **Beschäftigung** weiterhin, das Tempo des Beschäftigungsaufbaus hat sich aber kontinuierlich verlangsamt. In den Monaten April und Mai übertrifft der Beschäftigtenstand (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienner) das Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres nur noch um rund 13.000 Personen bzw. 0,4 %. Während die Frauenbeschäftigung weiterhin mit einer Rate von knapp 2 % expandiert, geht die Männerbeschäftigung zurück. In sektoraler Betrachtung hat sich das Expansionstempo im Dienstleistungssektor abgeschwächt. Die Zahl der öffentlich Bediensteten geht zurück, auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung schrumpft die Beschäftigung. Bei den unternehmensnahen Dienstleistungen liegt die Wachstumsrate aber weiterhin bei 10 %. Die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion ist im ersten Halbjahr gestiegen, hingegen sind vor allem am Bau deutliche Beschäftigungseinbußen festzustellen.

Im zweiten Halbjahr wird sich die Tendenz zur Verlangsamung der Beschäftigungsdynamik aufgrund der konjunkturellen Situation weiter fortsetzen. Die Zahl der Aktiv-Beschäftigten wird damit im Jahresdurchschnitt 2001 um 11.000 bzw. 0,4 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres liegen. Aufgrund des leichten Anziehens der Konjunktur ist für das Jahr 2002 mit einem Beschäftigungsanstieg von 0,5 % zu rechnen.

Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001

	Veränderung 2001/2000 (Durchschnitt Jänner bis Mai)	Relativ
Beschäftigte	18.847	0,6%
Männer	-7.818	-0,5%
Frauen	26.665	2,0%
Aktiv Beschäftigte	17.983	0,6%
Primärer Sektor	-1.601	-2,4%
Sachgüterproduktion	4.931	0,8%
Bau	-10.904	-4,5%
Dienstleistungssektor	25.556	1,2%
Arbeitslose	-9.834	-4,3%
Männer	-5.225	-3,9%
Frauen	-4.609	-5,1%

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

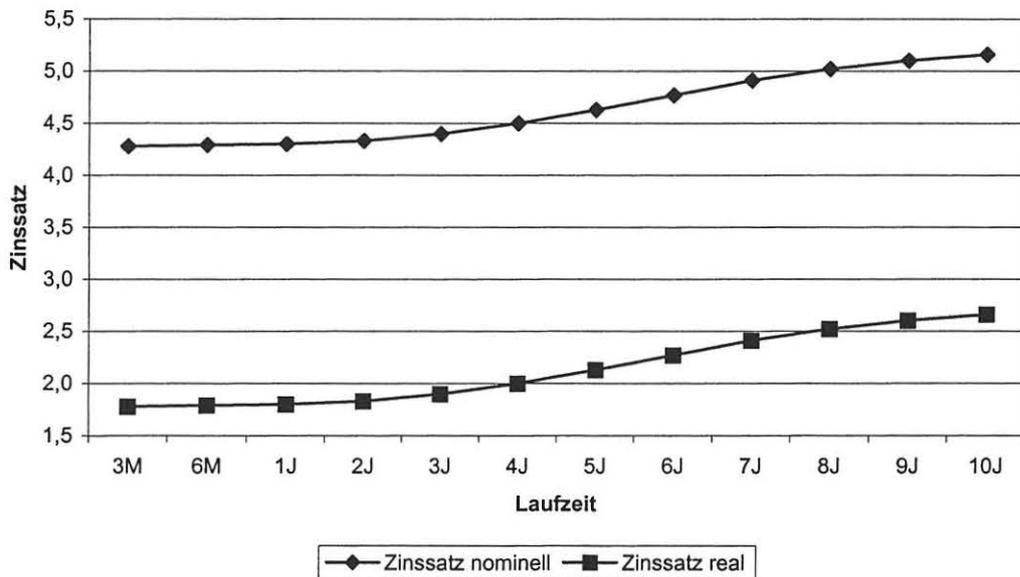
In den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres ging die **Arbeitslosenzahl** um durchschnittlich 4,3 % zurück, wobei sich das Tempo des Rückgangs aber deutlich verlangsamt hat. Im Mai ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen erstmals seit Februar 1999 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht angestiegen. Aufgrund der spürbaren Wirtschaftsabschwächung ist damit zu rechnen, dass sich die Arbeitslosenzahl in der zweiten Jahreshälfte weiter erhöht. Für den Jahresdurchschnitt 2001 ist daher mit einem Verharren der Arbeitslosenzahl auf dem Vorjahresniveau zu rechnen. Im nächsten Jahr könnte hingegen die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden wieder fallen.

Die Arbeitslosenrate (nationale Definition) wird im Jahresdurchschnitt 5.8 % betragen und damit auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. 2002 wird die Arbeitslosenrate laut Prognose nur geringfügig auf 5.6 % fallen. Die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode wird im Prognosezeitraum bei rund 3 ¾ % liegen.

5. Monetäre Prognose

Das zweite Quartal des Jahres 2001 war geprägt von einer unerwartet starken Steigerung der Inflation in der Eurozone. Als eine der Ursachen dieser Entwicklung kann die Steigerung der Importpreise, bedingt durch die Tatsache, dass der Außenwert der Gemeinschaftswährung weiter abgenommen hat, angesehen werden. Der Wechselkurs USD/EUR sank im abgelaufenen Quartal zwischenzeitlich unter 0.85 und hält jetzt nach einer leichten Erholung bei dieser Marke.

Die unerwartet hohen Preissteigerungsraten sind bisher ohne Auswirkung auf das Nominalzinsniveau geblieben. Unter Berücksichtigung der Prognose für den Inflationsrate für das Jahr 2001 (2.5 %) ergibt sich eine sehr niedrige reale Rendite im kurz- und mittelfristigen Laufzeitenbereich von unter bzw. um 2 % (siehe Grafik). Die Akteure am Kapitalmarkt scheinen den jüngsten Inflationsschub als temporäres Phänomen anzusehen. Ob dies so bleibt, hängt wesentlich von der Disziplin bei den kommenden Tarifverhandlungen, aber auch von der Entwicklung der Geldmenge im Währungsraum ab.



Nach dem beschleunigten Kursverfall auf den internationalen Aktienmärkten im ersten Quartal des Jahres 2001 konnten die meisten Märkte im zweiten Quartal etwas Terrain gut machen. Gegen Ende des Quartals mündete diese Erholung allerdings in eine anhaltende Seitwärtsbewegung.

Die amerikanische FED hat seit Anfang des Jahres 2001 bereits fünfmal ihre Leitzinsen um insgesamt 250 Basispunkte auf 4 % gesenkt. Nach längerem Zögern hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) am 5. Mai 2001 den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 4.5 % reduziert. Die EZB steht vor der schwierigen Situation, dass sich im ersten Halbjahr 2001 einerseits das Wachstum in der Eurozone deutlich verlangsamt hat, andererseits die Inflation unerwartet stark gestiegen ist. Angesichts der Tatsache, dass die primäre Strategie der EZB ausschließlich auf die Sicherung der

Preisstabilität im Währungsraum abzielt, kann die Wahrscheinlichkeit für einen weiteren Zinssenkungsschritt im dritten Quartal als gering beurteilt werden. Im Zuge einer Abschwächung des Preisauftriebs in der Eurozone sollte sich im vierten Quartal Spielraum für einen weiteren Zinssenkungsschritt um 25 Basispunkte eröffnen.

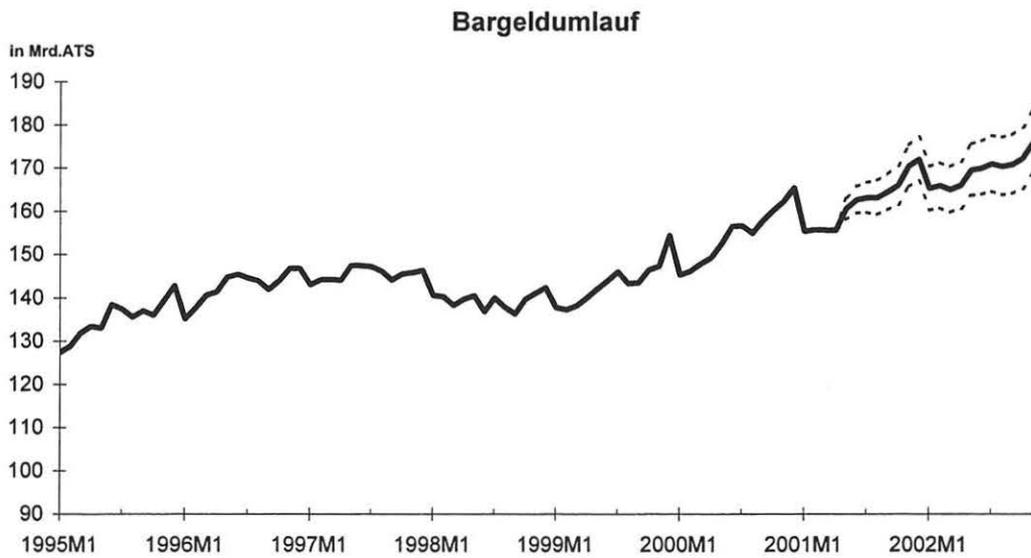
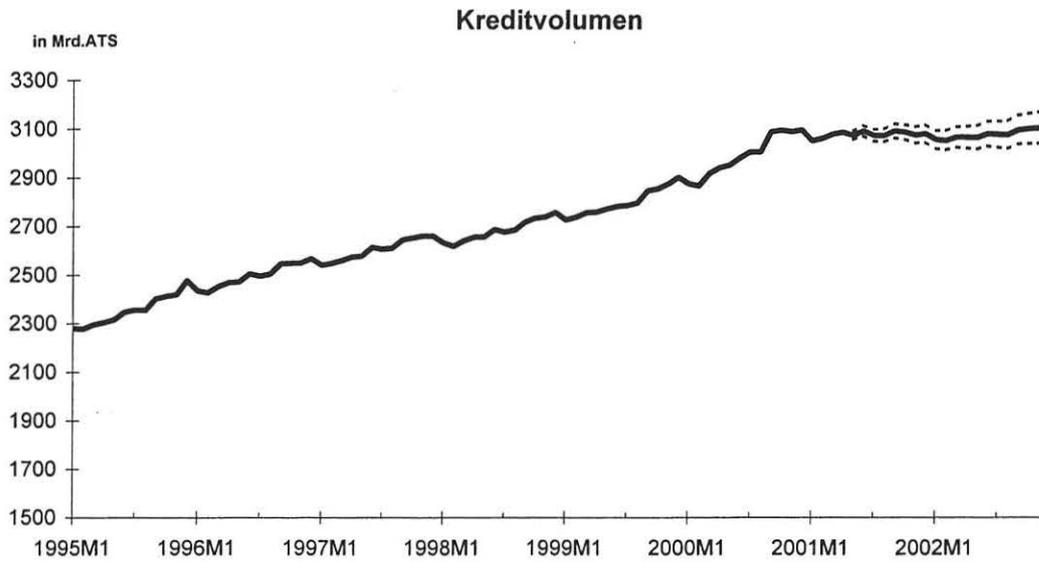
Die Zinsen aller Laufzeiten stiegen in der ersten Hälfte des abgelaufenen Quartals an, erreichten zur Mitte des Quartals ihren Höhepunkt und sanken danach wieder. Diese Entwicklung wurde einerseits von der oben erwähnten Senkung der Leitzinsen durch die EZB und andererseits durch die schwache Wirtschaftsentwicklung insbesondere in Deutschland ausgelöst. Die Senkung betraf das kurze Ende der Kurve stärker, sodass es insgesamt zu einem Anstieg der Steilheit der Zinskurve kam. Diese Entwicklung wird sich bis zum Ende des Jahres 2001 fortsetzen.

Im fundamentalen IHS/RZB Wechselkursmodell erweisen sich weiterhin die Wachstumsdynamik in den Vereinigten Staaten und in der Eurozone und in geringerem Maße die Geldmengenexpansion als hauptsächliche Determinanten des Euro-Dollar-Kurses. Das Wachstumsdifferential zwischen Europa und den USA hat sich zwar im zweiten Quartal des Jahres 2001 verringert, gleichzeitig wurden jedoch die Wachstumsraten in der Eurozone nach unten revidiert. Deshalb wird die Währungsparität in diesem Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden. Die Prognose des Instituts für den **Euro-Dollar-Wechselkurs** lautet auf 0.91 USD/EUR im Jahresdurchschnitt.

Die Expansion der **Bargeldmenge** wird sich im Jahr 2001 auf die gegenüber dem vergangenen Jahr (7.8 %) deutlich niedrigere Rate von 4.9 % verlangsamen. Im darauffolgenden Jahr ist ein annähernd gleichbleibendes Wachstum in der Höhe von 4.8 % zu erwarten. Für die **Sichteinlagen** wird weiterhin sowohl für das Jahr 2001 als auch das Jahr 2002 ein Wachstum in zweistelliger Höhe von über 11 % erwartet. Die seit dem Jahre 1999 zu beobachtende deutliche Expansion der **Geldmenge** (M1) wird sich in leicht abgeschwächter Form mit 9.9 % fortsetzen. Im Jahre 2002 ist mit einer weiteren leichten Verlangsamung des Wachstums auf 9.5 % zu rechnen. Das Volumen der **Termineinlagen** wird im Jahre 2001 mit einer Rate von 13.5 % wachsen, für das folgende Jahr 2002 wird ein stark abgeschwächtes Wachstum von 3.9 % erwartet.

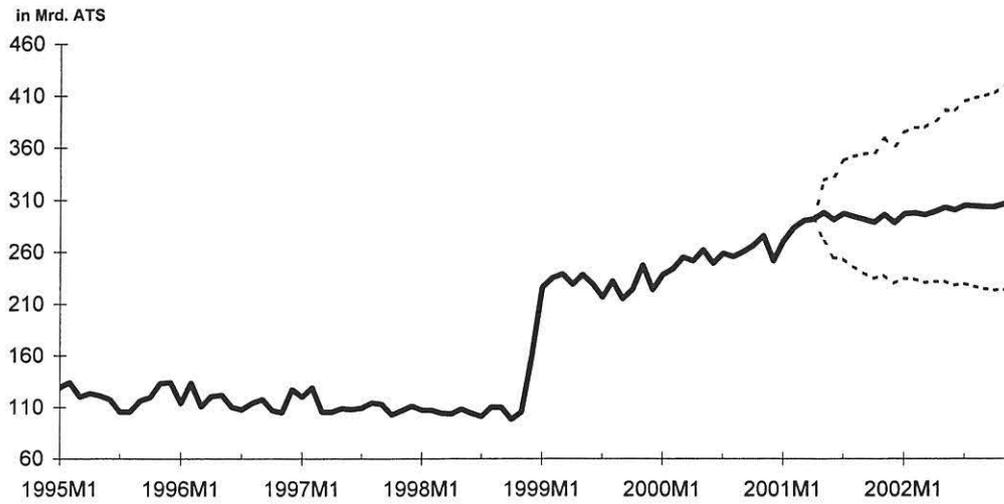
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen ist das Volumen der **Spareinlagen** im Jahre 2000 sowohl nominell als auch real geschrumpft. Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass das Volumen der Spareinlagen nominell unverändert bleibt, was einer deutlichen realen Schrumpfung von 2.4 % entspricht. Erst im Jahre 2002 wird es wieder zu einer nominellen Steigerung um 2.8 % kommen.

Bedingt durch die abflauende Konjunktur ist ein Rückgang der Steigerungsrate bei **Direktkrediten an inländische Nichtbanken** zu erwarten. Während das Kreditvolumen im Jahre 2000 noch um 6.9 % gewachsen ist, wird für 2001 eine Steigerung von nur 2.8 % prognostiziert. Für das Jahr 2002 wird eine Stagnation des Kreditvolumens erwartet.

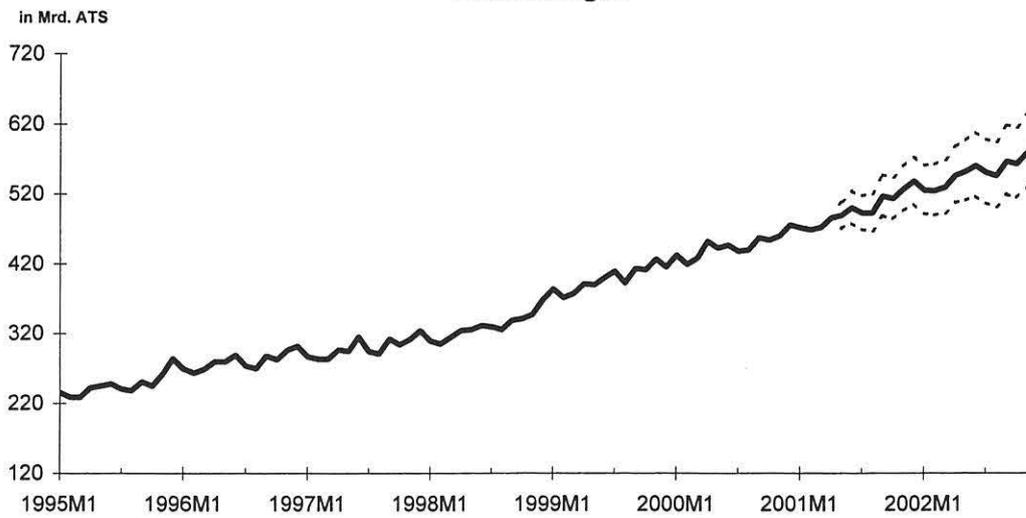


Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

Termineinlagen



Sichteinlagen



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2370,726 1,6%	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2743,087 2,0%	2804,874 2,3%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	100,000 2,5%	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,480 1,9%	109,334 1,7%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	128,367 2,2%	130,750 1,9%	132,511 1,3%	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,065 2,5%	143,604 1,8%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	431,573 4,1%	438,333 1,6%	443,138 1,1%	456,098 2,9%	467,195 2,4%	478,841 2,5%	494,164 3,2%	511,459 3,5%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2972,259 0,0%	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3075,491 0,4%	3090,868 0,5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569 0,027	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,818 -0,020	5,552 -0,267
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-61,782 -24,388	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-85,437 -20,975	-80,871 4,566	-67,951 12,920	-51,558 16,392

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	PRIVATER KONSUM	1,375	1,730	1,017	1,596	1,212	1,457	0,921	1,080
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,070	0,063	-0,245	0,058	0,086	0,069	0,046	0,046
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	0,264	0,241	-0,280	0,559	0,631	0,115	-0,192	-0,186
Var4	INVESTITIONEN	1,265	-0,103	0,561	0,587	0,474	0,562	0,460	0,565
Var5	AUSRUESTUNGEN	0,218	0,467	0,507	0,507	0,454	0,610	0,332	0,420
Var6	BAUTEN	0,079	0,040	-0,284	0,123	0,285	0,172	0,128	0,127
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,406	-0,017	0,247	-0,320	0,174	-0,193	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	2,434	2,353	3,939	2,378	3,360	4,765	1,843	2,354
Var9	WAREN	2,676	1,114	4,096	2,364	2,378	3,948	1,242	1,787
Var10	DIENSTLEISTUNGEN	-0,528	0,524	0,300	0,746	0,141	0,889	0,481	0,445
Var11	IMPORTE I.W.S.	-3,379	-2,266	-3,905	-1,604	-3,116	-3,431	-1,050	-1,606
Var12	WAREN	-1,582	-1,199	-2,723	-2,282	-2,263	-2,464	-0,647	-1,224
Var13	DIENSTLEISTUNGEN	-0,626	-0,644	-0,149	-0,090	0,115	-0,524	-0,229	-0,209
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	1,623	2,002	1,335	3,253	2,822	3,344	2,028	2,252

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	INVESTITIONSQUOTE	24,311	23,733	23,974	23,787	23,596	23,376	23,363	23,401
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,870	-0,578	0,241	-0,187	-0,191	-0,219	-0,014	0,038
UREU	ARBEITSLÖSEN RATE EU DEF.	3,9	4,4	4,4	4,5	4,0	3,7	3,8	3,6
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,5	0,0	0,1	-0,5	-0,3	0,1	-0,2
Var4	REALZINSSATZ	4,637	5,006	4,439	3,911	3,823	4,220	3,121	3,255
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,329	0,369	-0,567	-0,527	-0,088	0,397	-1,099	0,135
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	431,573 2,2%	429,934 -0,4%	428,152 -0,4%	438,631 2,4%	445,922 1,7%	448,701 0,6%	452,206 0,8%	460,210 1,8%
	PRLEA	79,762 1,6%	81,813 2,6%	82,548 0,9%	84,386 2,2%	85,703 1,6%	87,733 2,4%	89,192 1,7%	90,747 1,7%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP	5,1 0,2	3,8 -1,3	1,7 -2,1	2,3 0,6	2,1 -0,2	1,1 -1,0	0,7 -0,4	0,0 -0,7
	ABSOLUTE DIFFERENZEN								

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C\$	PRIVATER KONSUM	1282,881 4,5%	1349,755 5,2%	1395,677 3,4%	1442,831 3,4%	1485,892 3,0%	1553,945 4,6%	1618,291 4,1%	1678,718 3,7%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	48,434 7,2%	50,811 4,9%	45,248 -10,9%	47,329 4,6%	49,652 4,9%	52,371 5,5%	54,915 4,9%	57,301 4,3%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	484,610 3,9%	497,198 2,6%	494,515 -0,5%	513,364 3,8%	538,216 4,8%	550,579 2,3%	553,794 0,6%	555,932 0,4%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	576,340 7,2%	580,653 0,7%	607,758 4,7%	631,711 3,9%	651,311 3,1%	677,728 4,1%	700,654 3,4%	725,945 3,6%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,739 2,9%	225,795 4,7%	238,595 5,7%	252,584 5,9%	264,592 4,8%	280,231 5,9%	290,066 3,5%	302,875 4,4%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	336,496 3,3%	345,402 2,6%	351,225 1,7%	362,514 3,2%	377,418 4,1%	393,321 4,2%	405,993 3,2%	417,434 2,8%
DIFI\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,554 -10,793	-1,096 1,458	9,117 10,213	-4,955 -14,071	0,253 5,207	15,669 15,416	25,070 9,401	31,338 6,268
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2389,712 4,6%	2477,322 3,7%	2552,315 3,0%	2630,280 3,1%	2725,324 3,6%	2850,292 4,6%	2952,724 3,6%	3049,233 3,3%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,743 8,8%	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1454,288 5,3%	1541,564 6,0%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,9%	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1458,739 4,5%	1524,122 4,5%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C	PRIVATER KONSUM	1282,881 2,6%	1323,892 3,2%	1348,479 1,9%	1387,577 2,9%	1418,237 2,2%	1456,135 2,7%	1480,889 1,7%	1510,507 2,0%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	48,434 3,5%	49,938 3,1%	44,004 -11,9%	45,414 3,2%	47,598 4,8%	49,400 3,8%	50,635 2,5%	51,901 2,5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	484,610 1,3%	490,315 1,2%	483,556 -1,4%	497,243 2,8%	513,211 3,2%	516,202 0,6%	511,040 -1,0%	505,930 -1,0%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	576,340 5,4%	573,908 -0,4%	587,469 2,4%	601,852 2,4%	613,856 2,0%	628,490 2,4%	640,866 2,0%	656,364 2,4%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,739 2,4%	226,812 5,1%	239,073 5,4%	251,508 5,2%	262,992 4,6%	278,860 6,0%	287,783 3,2%	299,295 4,0%
IFC	BAUINVESTITIONEN	336,496 0,5%	337,433 0,3%	330,568 -2,0%	333,592 0,9%	340,807 2,2%	345,280 1,3%	348,733 1,0%	352,220 1,0%
DIFII	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,554 -9,476	-2,958 -0,404	3,025 5,982	-4,828 -7,853	-0,428 4,400	-5,455 -5,027	-5,455 0,000	-5,455 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2389,712 2,6%	2435,095 1,9%	2466,533 1,3%	2527,258 2,5%	2592,474 2,6%	2644,772 2,0%	2677,975 1,3%	2719,247 1,5%
X	EXPORTE I.W.S.	903,743 6,7%	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1371,599 3,7%	1436,180 4,7%
M	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,3%	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1306,488 2,2%	1350,553 3,4%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2370,726 1,6%	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2743,087 2,0%	2804,874 2,3%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PC	PRIVATER KONSUM	100,000 1,9%	101,954 2,0%	103,500 1,5%	103,982 0,5%	104,770 0,8%	106,717 1,9%	109,278 2,4%	111,136 1,7%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	100,000 2,6%	101,404 1,4%	102,266 0,9%	103,242 1,0%	104,872 1,6%	106,660 1,7%	108,366 1,6%	109,883 1,4%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	100,000 1,7%	101,175 1,2%	103,454 2,3%	104,961 1,5%	106,102 1,1%	107,834 1,6%	109,329 1,4%	110,601 1,2%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	100,000 0,4%	99,552 -0,4%	99,800 0,2%	100,428 0,6%	100,608 0,2%	100,492 -0,1%	100,793 0,3%	101,196 0,4%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	100,000 2,7%	102,362 2,4%	106,249 3,8%	108,670 2,3%	110,742 1,9%	113,913 2,9%	116,420 2,2%	118,515 1,8%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	100,000 2,0%	101,734 1,7%	103,478 1,7%	104,076 0,6%	105,124 1,0%	107,771 2,5%	110,260 2,3%	112,135 1,7%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000 1,9%	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,029 1,5%	107,338 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000 0,5%	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,653 2,2%	112,852 1,1%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	100,000 2,5%	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,480 1,9%	109,334 1,7%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG\$	WARENEXPORTE	581,420 13,2%	613,910 5,6%	716,062 16,6%	776,264 8,4%	832,560 7,3%	958,359 15,1%	1005,767 4,9%	1067,632 6,2%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,233 1,6%	129,737 14,6%	144,062 11,0%	161,023 11,8%	164,684 2,3%	189,980 15,4%	202,471 6,6%	215,391 6,4%
XST\$	REISEVERKEHR	135,994 -2,8%	135,335 -0,5%	134,085 -0,9%	138,404 3,2%	142,174 2,7%	149,226 5,0%	157,545 5,6%	165,115 4,8%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	73,096 11,2%	90,957 24,4%	80,046 -12,0%	62,020 -22,5%	83,347 34,4%	83,432 0,1%	88,505 6,1%	93,426 5,6%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,743 8,8%	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1454,288 5,3%	1541,564 6,0%
MG\$	WARENIMPORTE	643,977 6,6%	686,533 6,6%	763,723 11,2%	817,528 7,0%	875,364 7,1%	993,906 13,5%	1035,072 4,1%	1080,913 4,4%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,502 6,5%	117,745 12,7%	122,953 4,4%	134,788 9,6%	133,762 -0,8%	147,903 10,6%	155,391 5,1%	162,461 4,6%
MST\$	REISEVERKEHR	109,510 9,1%	116,702 6,6%	123,244 5,6%	117,734 -4,5%	117,929 0,2%	127,072 7,8%	133,375 5,0%	138,763 4,0%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	64,740 73,8%	76,322 17,9%	103,174 35,2%	83,280 -19,3%	109,000 30,9%	127,170 16,7%	134,902 6,1%	141,985 5,3%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,9%	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1458,739 4,5%	1524,122 4,5%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG	WARENEXPORTE	581,420 12,0%	607,832 4,5%	706,873 16,3%	764,792 8,2%	824,970 7,9%	927,680 12,5%	961,077 3,6%	1010,092 5,1%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,233 -4,3%	128,963 13,9%	139,595 8,2%	154,979 11,0%	156,099 0,7%	175,762 12,6%	184,550 5,0%	192,855 4,5%
XST	REISEVERKEHR	135,994 -5,0%	132,681 -2,4%	129,301 -2,5%	132,191 2,2%	134,634 1,8%	138,096 2,6%	142,239 3,0%	146,150 2,8%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	73,096 10,1%	90,056 23,2%	79,019 -12,3%	61,103 -22,7%	82,383 34,8%	80,513 -2,3%	83,734 4,0%	87,083 4,0%
X	EXPORTE I.W.S.	903,743 6,7%	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1371,599 3,7%	1436,180 4,7%
MG	WARENIMPORTE	643,977 6,1%	672,412 4,4%	738,253 9,8%	794,179 7,6%	851,439 7,2%	915,535 7,5%	932,930 1,9%	966,516 3,6%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,502 5,9%	115,098 10,1%	118,452 2,9%	128,737 8,7%	128,002 -0,6%	136,195 6,4%	139,599 2,5%	143,089 2,5%
MST	REISEVERKEHR	109,510 8,7%	114,190 4,3%	114,433 0,2%	106,354 -7,1%	104,178 -2,0%	109,605 5,2%	112,345 2,5%	114,592 2,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	64,740 73,0%	74,752 15,5%	99,733 33,4%	80,901 -18,9%	105,385 30,3%	116,936 11,0%	121,613 4,0%	126,356 3,9%
M	IMPORTE I.W.S.	922,729 9,3%	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1306,488 2,2%	1350,553 3,4%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PXG	WARENEXPORTE	100,000 1,0%	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,307 2,4%	104,650 1,3%	105,697 1,0%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 6,2%	100,600 0,6%	103,200 2,6%	103,900 0,7%	105,500 1,5%	108,089 2,5%	109,711 1,5%	111,685 1,8%
PXST	REISEVERKEHR	100,000 2,4%	102,000 2,0%	103,700 1,7%	104,700 1,0%	105,600 0,9%	108,060 2,3%	110,761 2,5%	112,976 2,0%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000 1,9%	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,029 1,5%	107,338 1,2%
PMG	WARENIMPORTE	100,000 0,5%	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	108,560 5,6%	110,948 2,2%	111,836 0,8%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000 0,5%	102,300 2,3%	103,800 1,5%	104,700 0,9%	104,500 -0,2%	108,597 3,9%	111,312 2,5%	113,538 2,0%
PMST	REISEVERKEHR	100,000 0,4%	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,700 2,8%	113,200 2,3%	115,936 2,4%	118,719 2,4%	121,093 2,0%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000 0,5%	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,653 2,2%	112,852 1,1%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000 1,4%	98,971 -1,0%	97,982 -1,0%	98,389 0,4%	98,175 -0,2%	95,646 -2,6%	94,962 -0,7%	95,114 0,2%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	100,000 0,5%	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	95,161 -3,1%	94,323 -0,9%	94,510 0,2%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BPG	SALDO GUETER	-67,064	-77,035	-51,979	-45,258	-46,464	-39,725	-30,304	-18,281
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	23,159	-9,971	25,056	6,721	-1,206	6,739	9,421	12,023
BPST	SALDO REISEVERKEHR	26,483	18,631	10,842	20,670	23,812	20,912	24,171	26,352
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-13,052	-7,852	-7,789	9,828	3,142	-2,900	3,259	2,182
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE	20,009	29,541	1,191	8,523	-1,084	-9,318	-6,317	-1,630
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-24,501	9,532	-28,350	7,332	-9,607	-8,234	3,001	4,687
BPOP	SALDO EINKOMMEN	-23,952	-9,835	-18,567	-24,484	-35,524	-32,589	-32,500	-33,000
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-5,065	14,117	-8,732	-5,917	-11,040	2,935	0,089	-0,500
BPTR	SALDO TRANSFERS	-17,258	-18,817	-20,717	-23,913	-26,177	-20,151	-23,000	-25,000
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,929	-1,559	-1,900	-3,196	-2,264	6,026	-2,849	-2,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-61,782	-57,515	-79,230	-64,462	-85,437	-80,871	-67,951	-51,558
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-24,388	4,267	-21,715	14,768	-20,975	4,566	12,920	16,392

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	M\$/GDP\$*100	38,922	40,707	44,285	44,110	45,577	49,239	49,478	49,700
	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,026	1,785	3,578	-0,175	1,467	3,663	0,238	0,222
Var2	MG\$/GDP\$*100	27,164	28,022	30,385	31,267	32,277	35,055	35,108	35,247
	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,626	0,859	2,363	0,882	1,010	2,778	0,052	0,139
Var3	X\$/GDP\$*100	38,121	39,590	42,740	43,513	45,087	48,708	49,327	50,268
	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,614	1,469	3,150	0,773	1,574	3,622	0,618	0,941
Var4	XG\$/GDP\$*100	24,525	25,058	28,489	29,689	30,699	33,802	34,114	34,814
	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,951	0,533	3,431	1,200	1,010	3,103	0,312	0,700
Var5	BPC/GDP\$*100	-2,606	-2,348	-3,152	-2,465	-3,150	-2,852	-2,305	-1,681
	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,963	0,258	-0,805	0,687	-0,685	0,298	0,548	0,624

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5221,600 0,2%	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5277,200 0,0%	5276,900 0,0%	5281,900 0,1%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70,002 -0,5%	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,129 0,0%	70,410 0,4%	70,529 0,2%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3655,202 -0,3%	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3715,444 0,4%	3725,287 0,3%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3330,008 -0,6%	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3360,505 0,2%	3364,669 0,1%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	325,194 2,8%	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	354,939 2,7%	360,618 1,6%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	371,300 -2,6%	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,552 0,5%	376,425 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3283,902 -0,1%	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3340,892 0,4%	3348,862 0,2%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2972,259 0,0%	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3075,491 0,4%	3090,868 0,5%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	95,927 -3,1%	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,2%	71,012 2,5%	72,077 1,5%
UN	ARBEITSLOSE	215,716 0,4%	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	194,390 0,0%	185,917 -4,4%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569 0,027	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,818 -0,020	5,552 -0,267

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2370,726 4,2%	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1282,747 4,1%	1295,604 1,0%	1315,458 1,5%	1367,521 4,0%	1418,185 3,7%	1467,387 3,5%	1519,795 3,6%	1580,853 4,0%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	799,269 5,6%	856,187 7,1%	871,254 1,8%	918,315 5,4%	945,337 2,9%	1001,382 5,9%	1059,134 5,8%	1101,703 4,0%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	288,709 0,3%	298,168 3,3%	326,764 9,6%	328,824 0,6%	348,512 6,0%	356,854 2,4%	369,344 3,5%	384,118 4,0%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-30,459 68,9%	-15,046 -50,6%	-15,909 5,7%	-19,985 25,6%	-43,682 118,6%	-2,555 -94,2%	-2,606 2,0%	-2,658 2,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	333,099 4,3%	346,661 4,1%	359,226 3,6%	373,703 4,0%	388,316 3,9%	405,394 4,4%	423,637 4,5%	442,700 4,5%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2007,168 3,5%	2088,252 4,0%	2138,341 2,4%	2220,973 3,9%	2280,036 2,7%	2427,290 6,5%	2522,031 3,9%	2621,316 3,9%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-7,121 -32,3%	-11,466 61,0%	-10,235 -10,7%	-16,588 62,1%	-13,990 -15,7%	-8,942 -36,1%	-8,942 0,0%	-8,942 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2000,047 3,7%	2076,786 3,8%	2128,106 2,5%	2204,385 3,6%	2266,046 2,8%	2418,347 6,7%	2513,089 3,9%	2612,374 4,0%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMUENZEN	135,077 4,6%	142,709 5,6%	145,390 1,9%	139,338 -4,2%	143,226 2,8%	154,415 7,8%	161,923 4,9%	169,662 4,8%
SI	SICHTEINLAGEN	245,472 9,2%	279,972 14,1%	299,391 6,9%	329,513 10,1%	397,813 20,7%	444,679 11,8%	496,645 11,7%	551,718 11,1%
M1	GELDMENGE M1	380,549 7,5%	422,681 11,1%	444,781 5,2%	468,851 5,4%	541,039 15,4%	599,094 10,7%	658,567 9,9%	721,380 9,5%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	121,700 9,1%	115,753 -4,9%	111,137 -4,0%	109,917 -1,1%	229,681 109,0%	255,724 11,3%	290,211 13,5%	301,621 3,9%
SP	SPAREINLAGEN	1513,810 0,6%	1550,190 2,4%	1588,122 2,4%	1616,398 1,8%	1655,351 2,4%	1651,203 -0,3%	1652,189 0,1%	1698,709 2,8%
D	EINLAGEVOLUMEN	1880,982 2,2%	1945,915 3,5%	1998,650 2,7%	2055,828 2,9%	2282,845 11,0%	2351,606 3,0%	2439,045 3,7%	2552,047 4,6%
KV	KREDITVOLUMEN	2353,374 5,7%	2497,248 6,1%	2603,403 4,3%	2682,426 3,0%	2798,316 4,3%	2991,834 6,9%	3075,845 2,8%	3078,750 0,1%
REU3M	EUROANLEIHEN-RENDITE 3M *	4,471 -15,4%	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,530 57,5%	4,220 -6,8%	4,066 -3,6%
REU10J	EUROANLEIHEN-RENDITE 10J *	6,974 -0,8%	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,381 14,5%	5,039 -6,3%	4,979 -1,2%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE

	1998	1999	2000	2001
USD/EUR	1,114	1,067	0,924	0,905
USD/ATS	0,081	0,078	0,067	0,066
		-4,3%	-13,4%	-2,1%
GBP/EUR	0,672	0,659	0,609	0,616
GBP/ATS	0,049	0,048	0,044	0,045
		-2,1%	-7,5%	1,2%
YEN/EUR	145,539	121,386	99,585	105,460
YEN/ATS	10,577	8,821	7,237	7,664
		-16,6%	-18,0%	5,9%
SFR/EUR	1,613	1,601	1,558	1,521
SFR/ATS	0,117	0,116	0,113	0,111
		-0,8%	-2,7%	-2,3%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Reinhard Koman, Stephan Kossmeier, Elizaveta Krylova, Robert Kunst, Monika Riedel, Edith Skriner, Andrea Weber

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2002

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 18

Redaktion: Nina Gritzky

© 2001 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
